

Freie Demokraten

FDP SACHSEN

Antragsbuch

56. Landesparteitag der FDP Sachsen

06. Mai 2023

Schützenhaus - Sachsenplatz 3 01623 Lommatzsch

Antragsbuch 56. Landesparteitag FDP Sachsen

Inhaltsverzeichnis

SÄ - Satzungsänderungen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
SÄ 001	Du sprichst für deine Partei - Rederecht für alle Mitglieder einführen Eddie Friedrich (KV Bautzen), Thomas Gebhardt (KV Dresden), Carl Gruner (KV Dresden), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Ferdinand Rath (KV Dresden), Dominik Zoch (KV Dresden)	8

L - Leitanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L 001	Freie Demokraten braucht der Sächsische Landtag Landesvorstand FDP Sachsen	9
L 002	Bildungsnotstand in Sachsen: Ein Neustart für unsere allgemeinbildenden Schulen Landesvorstand FDP Sachsen	11

Beste Bildung ist Grundvoraussetzung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 003	Berufliche Bildung stärken und modernisieren LFA SN Wirtschaft, Arbeit und Handwerk	21
S 005	Digitalisierung und Künstliche Intelligenz an der Schule 2.0 LFA SN Digitale Agenda, Internet und Medien	25
S 008	Freiheit durch Aufklärung, Toleranz durch Bildung Jule Marie Domhardt (KV Leipzig), Thomas Gebhardt (KV Dresden), Maximilian Hempel (KV Dresden), Sebastian Mitte (Er/Ihm · KV Dresden), Katrin Münch (KV Mittelsachsen), Theresa Uhlig (KV Dresden)	31
S 011	Kopfnoten - nur pädagogischer Eddie Friedrich (KV Bautzen), Carl Gruner (KV Dresden), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Börge Liske (KV Dresden), Ferdinand Rath (KV Dresden)	35
S 012	Lehrermangel bekämpfen durch Pilotstudiengang „duales Lehramtsstudium an Oberschule“ KV Chemnitz(Stadt) (LV Sachsen)	36
S 016	Trained on the Job in der Berufsausbildung einführen LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt	42
S 019	Wirtschaftliche Bildung und Berufsorientierung in Schulen in allen Fächern verankern LFA SN Wirtschaft, Arbeit und Handwerk	49
S 020	Ziel- und Leistungsvereinbarungen für Schulleitungen Schul- und Unterrichtsentwicklung an sächsischen Schulen verbindlich machen LFA SN Bildung	51

Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 001	Alarmstufe rot! Stigmatisierung und Unverständnis gegenüber Menstruierenden entgegenwirken Jungliberale Aktion Sachsen	19
S 002	Änderung des Kommunalwahlgesetzes KV Mittelsachsen (LV Sachsen)	20
S 009	Home is where my house is - Deutschland fit für Tiny Houses und Co machen Jungliberale Aktion Sachsen	32
S 015	Tag des Bevölkerungsschutzes für Sachsen KV Chemnitz(Stadt) (LV Sachsen)	41
S 018	Unsere Antwort auf das soziale Pflichtjahr! Jungliberale Aktion Sachsen	48

Das Leben einfacher machen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 004	Die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verteilungsgerecht machen LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt	23
S 017	Transparenzkriterien bei der Anwendung digitaler Filter KV Zwickau (LV Sachsen)	45

Nachhaltigkeit durch Innovation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 006	Energiewende, aber richtig - Speicherausbau beschleunigen Eddie Friedrich (KV Bautzen), Carl Gruner (KV Dresden), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Börge Liske (KV Dresden), Ferdinand Rath (KV Dresden)	27
S 010	Kohleausstieg 2038 und Technologieoffenheit KV Görlitz (LV Sachsen)	33
S 021	Zwangsgebäudesanierung stoppen LFA SN Nachhaltigkeit durch Innovation	53

Partei

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 007	Frei und Demokratisch in eine erfolgreiche Landtagswahl 2024 Martin Ermler (KV Nordachsen), Maximilian König (KV Leipzig), Sascha Matzke (KV Leipzig), Judith Münch (KV Leipzig), Marcus Nießmann (KV Leipzig), Arvid Stelzner (KV Leipzig)	29
S 013	Mitgliederbefragung zur Landtagswahl Corinna Blinne (KV Mittelsachsen), Constanze Cyrnik (KV Mittelsachsen), Peter Draßdo (KV Mittelsachsen), Jörg Neumann (KV Mittelsachsen), Bernd Wetzig (KV Mittelsachsen)	39
S 014	Mitgliederbefragung zur Spitzenkandidatur Reiner Deutschmann (KV Bautzen), Mike Hauschild (KV Bautzen), Martin Nedo (KV Bautzen), Sirko Rosenberg (KV Bautzen), Kristin Schiewart (KV Bautzen), Marcel Schulze (KV Bautzen)	40

Antrag SÄ 001: Du sprichst für deine Partei - Rederecht für alle Mitglieder einführen

Antragsteller*in:	Eddie Friedrich (KV Bautzen), Thomas Gebhardt (KV Dresden), Carl Gruner (KV Dresden), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Ferdinand Rath (KV Dresden), Dominik Zoch (KV Dresden)
Sachgebiet:	SÄ - Satzungsänderungen
Antragsblock:	Satzungsänderungsanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In §15 Abs. 2 Satzung der FDP Sachsen Ersetzung des Wortes “nur” durch:
- 2 “alle Mitglieder der Partei sowie”

Begründung

Der Landesparteitag der FDP Sachsen ist das zentrale beschlussfassende Organ der Partei, sowie aber insbesondere auch der zentrale Kern der programmatischen Mitgliederbeteiligung und Vernetzung.

Es ist daher wünschenswert, dass wir als Partei es mehr fördern und wertschätzen, wenn Mitglieder - auch neuere - sich durch Redebeiträge auf dem Landesparteitag einbringen und die Debatte voranbringen möchten.

Dass diese Tradition in der Praxis funktioniert, zeigt z.B. der Bundeskongress der Jungen Liberalen: hier existiert das Rederecht für alle Mitglieder qua Satzung, und erste Redebeiträge von Neumitgliedern werden vom Tagungspräsidium kurz per Extra-Applaus gewürdigt - und dies bei einem Kongress von 200 Delegierten plus etwa ebensovielen Mitgliedern als Gästen, der insgesamt ca. 15500 Mitglieder vertritt. Im Lichte dessen, dass die FDP Sachsen mit 2278 Mitgliedern nur weniger als 10fach sovielen Mitglieder wie Landesparteitagsdelegierte hat (250), erscheint dies praktisch auch bei uns mehr als handhabbar, und wurde in der Vergangenheit des Öfteren per Geschäftsordnungsantrag so gehandhabt.

Antrag L 001: Freie Demokraten braucht der Sächsische Landtag

Antragsteller*in:	Landesvorstand FDP Sachsen
Sachgebiet:	L - Leitanträge
Antragsblock:	Leitanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die schwarz-rot-grüne Staatsregierung lähmt den Freistaat Sachsen. Streit und
- 2 Missgunst dieser Koalition bestimmen die Landespolitik und lähmen in einer Zeit,
- 3 die Aufbruch und Fortschritt braucht, die Innovationskräfte der sächsischen
- 4 Bürger.
- 5 Wo die Staatsregierung abbremst, nehmen andere Anlauf. Die Bürger Sachsens
- 6 können mehr, als ihnen diese Regierung des Stillstandes zutraut. Sie wollen mehr
- 7 aus sich machen, mehr leisten, mehr Möglichkeiten und Freiheit und nicht
- 8 Rückschritt und Degrowth.
- 9 Wir Freie Demokraten sind die Partei, die das Selbstbestimmungsrecht unserer
- 10 Bürger wieder in den Fokus rückt. Wir wollen in Sachsen die innovativen,
- 11 engagierten Kräfte aktivieren und die Steine wegräumen, die Schwarz-Rot-Grün den
- 12 Sachsen in den Weg geworfen hat. Wir brennen darauf, für die Bürger im Landtag
- 13 zu handeln und sind nicht länger bereit, der Staatsregierung beim Scheitern
- 14 zuzusehen.
- 15 Deshalb hat der Landesvorstand der FDP Sachsen als erste Partei schon frühzeitig
- 16 einen Kandidaten für die Spitzenkandidatur zur nächsten Landtagswahl
- 17 vorgeschlagen. Damit sind wir Vorreiter und haben erstmalig unsere Mitbewerber
- 18 unter Zugzwang gesetzt. Mit Robert Malorny haben wir einen erfahrenen
- 19 Kommunalpolitiker und Wirtschaftsfachmann, der weiß, wie man Dinge umkrempelt
- 20 und Bremsen löst.
- 21 Wir Freie Demokraten fordern Robert Malorny auf, den mutigen, innovativen,
- 22 selbstbewussten Menschen in Sachsen ein überzeugendes Angebot zu unterbreiten
- 23 und gemeinsam mit einem Team aus engagierten Mitstreitern den Weg für die FDP
- 24 Sachsen als Vertretung dieser Bürger im Sächsischen Landtag ab jetzt
- 25 vorzubereiten. Wir wollen mit ihm einen Spitzenkandidaten unterstützen, der
- 26 nicht nur für ein bestimmtes Klientel streitet, sondern der ein Kämpfer für alle
- 27 Sachsen ist, die ein selbstbestimmtes und selbstbewusstes Leben wollen.

Begründung

2024 entscheidet sich die Zukunft für den Freistaat Sachsen. Wir treten an, mit der schwarz-rot-grünen Koalition - eine zerstrittene Koalition der Bürokratie, Nickligkeiten und Selbstzufriedenheit - aus dem Amt zu schicken. Mit dem Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Landtag holen sich die Sachsen eine starke, fortschrittliche und verantwortungsvolle Stimme der bürgerlichen Mitte zurück. Eine freiheitliche Stimme, die in Sachsen große Tradition hat, immer nach vorn schaut und den Kompass einer künftigen Regierung wieder klar in Richtung Zukunft zeigen lässt.

Klar ist: Nur im Team aus 60 Direktkandidatinnen und Kandidaten und über 2300 Mitgliedern haben wir eine Chance, 2024 zurück in den Sächsischen Landtag zu kommen. Dafür braucht es die organisatorischen

Vorbereitungen, die bei uns bereits begonnen haben und den Takt im politischen Sachsen in Richtung Wahlkampf 2024 antreiben.

Ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Wahl ist auch ein starker Spitzenkandidat für das Team der Freien Demokraten. Dieser Kandidat muss für unsere Werte werben und den Wahlkampf 2024 bestmöglich vorbereiten. Aber vor allem muss er so viel Zeit wie möglich eingeräumt bekommen, um mit den Bürgern, die auf eine Alternative warten, ins Gespräch zu kommen.

Deshalb haben wir uns so früh wie noch nie dazu entschlossen, der Partei ein Angebot zu machen. Jede Stunde, die sich Robert Malorny früher mit unseren Wählern austauschen kann, ist von unschätzbarem Wert. Denn damit können wir unsere Themen und unsere Werte frühzeitig platzieren und die Bürger für eine Wahl des Aufbruchs gewinnen.

Die heutige frühe Nominierung des Spitzenkandidaten auf dem Parteitag ist zudem ein wichtiger Schritt in eine neue Qualität der Kandidatenauswahl in unserer Partei. So können wir in den nächsten Monaten in einem breiten und transparenten Auswahlprozess ein Team zusammenstellen, das gemeinsam mit allen Parteimitgliedern den „politischen Landtagswahlkampf“ zieht. Die zukünftige Fraktion soll thematisch breit aufgestellt sein und die Vielfalt der Partei abbilden, sie muss von Teamgeist und dem Willen zum gemeinsamen politischen Kampf getragen werden, auf absolute Loyalität vertrauen können und politische Weitsicht aufweisen.

Daher wollen wir gemeinsam und im Einklang mit dem Vorschlag des Landesvorstandes mit Robert Malorny als designierten Spitzenkandidaten in den Wahlkampf ziehen. Die FDP Sachsen will dem Freistaat Sachsen eine Zukunft mit freiheitlichen Demokraten sichern.

Antrag L 002: Bildungsnotstand in Sachsen: Ein Neustart für unsere allgemeinbildenden Schulen

Antragsteller*in:	Landesvorstand FDP Sachsen
Sachgebiet:	L - Leitanträge
Antragsblock:	Leitanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die allgemeine Schulbildung in Sachsen ist im weltweiten Vergleich leider nur
2 noch Mittelmaß. Nach 30 Jahren konservativer Verantwortung für das
3 Bildungssystem im Freistaat ist ein Neustart dringend erforderlich. Statt
4 weltbeste Bildung zu ermöglichen, verwaltet die Staatsregierung den
5 selbstverschuldeten Mangel. Sie muss sich eingestehen, dass selbst die
6 Sicherstellung der Schulpflicht an vielen Schulen in Sachsen ein Problem
7 darstellt.

8 Wir wollen das ändern. Wir Freie Demokraten stehen für das Individuum und die
9 freie demokratische Gesellschaft. Daher setzen wir uns konsequent für ein
10 sächsisches Bildungssystem ein, welches das Individuum in den Mittelpunkt stellt
11 und diesem die Freiheit, Eigenverantwortung und individuelle
12 Entfaltungsmöglichkeit zugesteht, die es braucht, um zu einem wertvollen
13 Mitglied der Gesellschaft zu werden. Daher setzen wir uns für mehr Autonomie,
14 mehr Selbstbestimmung und mehr Individualität im sächsischen Bildungssystem ein.

15 Dazu wollen wir die Kompetenz zur Lösung komplexer Aufgaben über Fachgrenzen
16 hinweg fördern und mehr Praxisorientierung in den Unterricht einbringen. Das
17 wollen wir durch praxisnahe Lehrpläne, ganzheitlichen Projektunterricht,
18 lehrreiche Exkursionen an außerschulische Lernorte sowie eine konsequente
19 Ausrichtung an den Bedürfnissen der an die Schulzeit anschließenden Berufs- und
20 Hochschulausbildung erreichen. Hochschulen, aber auch Berufsfachschulen sollen
21 sehr viel stärker als bisher in die Erstellung von Lehrplänen mit einbezogen
22 werden.

23 Zudem müssen wir lokale strategische Partnerschaften zwischen Schulen,
24 Ausbildungsstätten und Unternehmen ausbauen und diese zukunftsorientiert
25 unterstützen. Orientiert an den Bedarfen, die die örtliche Wirtschaft hat und
26 künftig haben wird, sollen regionale Bildungslandschaften entstehen.

27 Wir wollen daher Selbstmotivation stärken, Ehrgeiz und Leistungsgedanken fördern
28 und Erfolgserlebnisse schaffen. Unsere Schulen sollen junge Menschen dazu
29 befähigen, ihren eigenen Bedürfnissen und Interessen gemäß ein wirksames und
30 erfülltes Leben zu führen.

31 Viele Eltern haben den Eindruck, dass ihre Kinder schlechter aufs Leben
32 vorbereitet werden als sie selbst. Das können wir nicht akzeptieren. Wir Freie
33 Demokraten setzen uns für eine Schulbildung ein, die den aktuellen und künftigen
34 Herausforderungen der kommenden Generationen gerecht wird und dafür sorgt, dass
35 jede Generation die beste Schulbildung erhält, die wir uns leisten können.

36 Diese jedoch wird anders aussehen müssen, als bisher und damit auf die

37 gesellschaftlichen Veränderungen eingehen müssen. Auswendig lernen wird schon
38 bald der Vergangenheit angehören und durch neue Technologien und Kompetenzen,
39 beispielsweise im Bereich des sozialen Lernens abgelöst werden. Die Relevanz für
40 das Individuum steht im Fokus einer modernen, individualistischen Gesellschaft.
41 Um die Selbstbildungsprozesse der Schüler zu stärken, bedarf es einer Reihe von
42 Maßnahmen. Diese gilt es umgehend anzugehen, aber der Dringlichkeit entsprechend
43 in kurzfristige, mittelfristige sowie langfristige Maßnahmen zur Verbesserung
44 unseres Bildungssystems zu sortieren. Sie dienen uns als Agenda für die
45 künftigen Aufgaben. Gehen wir es an, verpassen wir unseren Schulen einen
46 Neustart.

47 **Lehrermangel bekämpfen**

48 *Kurzfristig: Lehrermangel reduzieren - Lehrer aus Verwaltung abziehen*

49 Der über Jahre hinweg ignorierte Lehrermangel wirkt sich auf die Qualität der
50 Ausbildungen aus und ist Beweis für die nicht mehr erfüllte Schulpflicht seitens
51 der Staatsregierung. So werden junge Menschen tagtäglich ihrer Zukunft beraubt.
52 Wir Freie Demokraten wollen die Schulen wieder handlungsfähig machen, den Mangel
53 an Lehrkräften beseitigen und langfristig eine Beschulung nach Lehrplan mit
54 möglichst wenig Ausfallstunden sicherstellen.

55 Das Landesamt für Schule und Bildung hat fast 1.000 Stellen, vielfach mit
56 Lehrern besetzt, die an den Schulen fehlen. Das wollen wir ändern. Deshalb
57 setzen wir uns gegen eine vergoldete Schulflucht und für eine verstärkte
58 Rückführung von Lehrern aus der Verwaltung in die Praxis ein. Dazu gehört auch
59 eine konsequente Prüfung der Anrechnungsstunden, vor allem eine kritische
60 Betrachtung der Altersanrechnungsstunden. Hier gilt es Arbeitszeitpotenziale zu
61 heben und Freiräume für Unterricht zu schaffen.

62 Wir stehen für einen Abbau der Verwaltungsstellen und fordern eine beschleunigte
63 Einführung sinnvoller digitaler Verfahren und Methoden, um insbesondere
64 personelle Kapazitäten freizumachen. Statt Überwachung der Schulen brauchen wir
65 mehr Organisationskapazitäten in den Schulen, um ihre neue Rolle als integrierte
66 Lernorte in ihrem sozialen Umfeld zu erfüllen. Insgesamt müssen Landesschulämter
67 verschlankt und von unnötiger Bürokratie befreit werden. Standortschließungen
68 müssen ernsthaft geprüft werden. Perspektivisch soll die Struktur wieder auf
69 drei Ämter zurückgefahren werden.

70 *Langfristig Lehrermangel behandeln - Lehrernachwuchs auf stabile Füße stellen*

71 Stundenausfall, fallende Unterrichtsqualität und überlastete Lehrkräfte lassen
72 die Rufe nach einer schnellen Lösung des Lehrermangels lauter werden. Zwar sind
73 Sofortmaßnahmen dringend notwendig, dürfen aber nicht das Ende der Anstrengungen
74 darstellen. Wir Freie Demokraten schlagen daher Maßnahmen vor, die auf lange
75 Sicht ein verlässliches Fundament an Lehrkräften generieren:

76 Das betrifft zum einen die Entlastung der Lehrer. Diese sind häufig gezwungen,
77 neben der Unterrichtsgestaltung zahlreiche weitere Aufgaben im Schulalltag zu
78 übernehmen - von der Verwaltung bis zur IT-Betreuung. Solche Bereiche sollen
79 zukünftig von eigens dafür angestelltem Fachpersonal übernommen werden, damit

80 den Lehrkräften mehr Zeit für die Gestaltung des Unterrichts bleibt. Außerdem
81 wollen wir Sachsens Lehrkräfte durch technische Hilfsmittel entlasten.

82 Künstliche Intelligenz und Automatisierung besitzen großes Potential, den
83 Lehrerinnen und Lehrern Arbeit - zum Beispiel bei der Korrektur von
84 Leistungskontrollen - abzunehmen. Findige Lehrkräfte sollen es dabei schon jetzt
85 einfacher haben, Technologie ihrer Wahl zu nutzen, statt an Schulbürokratie zu
86 scheitern. Mittelfristig soll allen sächsischen Schulen ein Standardpaket an
87 entsprechender Software zur Verfügung gestellt werden.

88 Zum anderen drängen wir auf eine Reform der Lehrerausbildung, die den Beruf
89 attraktiver für Schulabgänger macht. Der Fokus an den Hochschulen liegt derzeit
90 stärker auf der akademischen Ausbildung in den gewählten Fächern als auf
91 Didaktik und praktischer Unterrichtsgestaltung. Dieses Verhältnis wollen wir
92 umkehren. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Praxisanteile des
93 Lehramtsstudiums zu erhöhen und werdende Lehrkräfte früher als derzeit vor die
94 Klassen zu bringen.

95 Die Lehrerausbildung soll auf zusätzliche Hochschulen im Freistaat ausgeweitet
96 und so regional stärker verankert werden. Außerdem fordern wir, die Inhalte des
97 Lehramtsstudiums zu überarbeiten und unter anderem der Digitalkompetenz mehr
98 Raum zu geben. Daher setzen wir uns auch für die Schaffung eines
99 Pilotstudiengangs „duales Lehramt“ ein. Ziel ist es, neue Wege der Lehrerbildung
100 zu erforschen und dem Lehrermangel substantiell entgegenzutreten.

101 *Kurzfristig Engagement belohnen, individuelle Mehrarbeit erlauben*

102 Wir setzen uns für eine Flexibilisierung des Arbeitspensums ein. Aufstockung
103 müssen auch für Beamte kurzfristig und schulintern möglich sein. In der heutigen
104 Mangellage müssen auch kreative Ansätze verfolgt werden, um Engagement zu
105 belohnen. So setzen wir uns für Direktauszahlungen und Lebensarbeitszeitkonten
106 ein, um Lehrer zur Mehrarbeit zu motivieren. Wir wollen aber auch gleichzeitig
107 die Altersanrechnungsstunden schrittweise reduzieren, um weitere Lehrstunden zu
108 gewährleisten.

109 *Kurzfristig Seiteneinsteiger erfolgreich und sinnvoll einbinden*

110 Wir Freie Demokraten wollen das Unterstützungspotential von Seiteneinsteigern
111 erhöhen. Sie sollen früher zu angemessener Ausbildung verpflichtet werden. An
112 dem Verfahren, den Vertrag nach zwei Jahren auslaufen zu lassen, wollen wir
113 festhalten. Damit kann gewährleistet werden, dass Bewerber, die für den
114 Lehrerberuf nicht geeignet sind, nicht unnötig im System gehalten werden.
115 Generell wollen wir über den Einsatz von Seiteneinsteigern im Unterrichtsalltag
116 in den ersten Jahren nachdenken, beispielsweise als Lernbegleiter in den
117 Freiarbeitsphasen oder ähnlichem. So könnten Seiteneinsteiger ohne Vorerfahrung
118 einen durchaus wertvollen Beitrag an Schule leisten, ohne sich selbst zu
119 überfordern. Eine weitere Senkung des fachlichen Anforderungsniveaus lehnen wir
120 ab.

121 **Schule einfacher machen**

122 *Lehrpläne grundlegend neu gestalten*

123 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine grundlegende Überprüfung der Lehrpläne
124 ein. Wir wollen die Unterrichtsinhalte straffen und konsequent an den
125 Anforderungen einer immer komplexer werdenden Gesellschaft ausrichten. Dabei
126 sind digitale Lernmittel ebenso wichtig wie soziale Lernformen. Der Fokus soll
127 auf die individuelle Entfaltung der Schüler gelegt werden und sie befähigen, ihr
128 weiteres Leben nach den eigenen Wünschen und Fähigkeiten selbstbestimmt
129 gestalten zu können.

130 *Sanierungsstau an Schulen und Lernorten beseitigen*

131 Wir Freie Demokraten fordern, den Sanierungsstau an den Schulstandorten
132 aufzulösen. Sport- und Schwimmhallen müssen ertüchtigt werden und so
133 ausfinanziert werden, dass für jeden Schüler eine ausreichende Schwimmbildung
134 und ein regelmäßiger Sportunterricht in einer akzeptablen Umgebung möglich ist.

135 *Schulwege sicherer machen*

136 Wir fordern eine strukturierte Verkehrserziehung an den Schulen, damit sich die
137 Sicherheit des Schulweges, aber auch das Verhalten im Straßenverkehr nachhaltig
138 verbessert.
139 Das Bildungsticket wollen wir auf ganz Sachsen ausweiten, den öffentlichen
140 Schülerverkehr auskömmlich finanzieren und dort ausbauen, wo es notwendig ist.
141 Die Sicherheit von Bushaltestellen und des Schulumfeldes wollen wir erhöhen.

142 *Schulstandorte digital aufrüsten*

143 Schulen müssen digital ausreichend ausgestattet werden, so dass digitale
144 Lernmittel sinnvoll und ergänzend in einem modernen Unterricht eingesetzt werden
145 können. Dazu muss jeder Schulstandort über einen Gigabit-Anschluss verfügen, in
146 allen Unterrichtsräumen WLAN bereitstehen und ausreichend Administratoren die
147 digitale Infrastruktur am Laufen halten. Wir fordern für jeden Schüler mobile
148 Endgeräte ab Eintritt in eine weiterbildende Schule.

149 Lehrkräfte müssen sich verpflichtend weiterbilden und digitale Kompetenzen
150 erwerben, so dass Technik und Methoden im Unterricht sicher genutzt werden
151 können. Dafür muss das Kultusministerium Mindeststandards der Digitalisierung
152 formulieren und Lücken in der Ausstattung und der entsprechenden
153 Lehrerweiterbildung zeitnah schließen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür
154 ein, dass Abschlussprüfungen digital abgelegt werden können.

155 *Individualisiertes Lernen mithilfe von Apps, KI, Lernprogrammen*

156 Wir Freie Demokraten setzen uns für feste Lernzeiten für individuelles,
157 schülergerechtes, selbstorganisiertes Lernen ein, die fest in Curricula
158 integriert sind. Dabei sollen die Schüler in ihrem Lernerfolg auch mit
159 Lernprogrammen, Künstlicher Intelligenz, Virtual Reality und Augmented Reality
160 unterstützt werden. Wir sehen in dieser neuen Technik keine Gefahr für den
161 Unterricht und das Schulleben, sondern eine echte Chance, die schnell und
162 umfassend ergriffen werden sollte, um diese Technologien frühzeitig für Schüler
163 in didaktisch begleiteter Umgebung erfahrbar zu machen.

164 *Kurzfristig Unterricht einfacher machen*

165 Mit modernen Technologien wollen wir es Lehrern, Schüler, Eltern, zu jeder Zeit
166 an jedem Ort ermöglichen, am Schulalltag sowie den Rahmenbedingungen
167 teilzuhaben. Digitale Stundenpläne, Hausaufgaben- und Notenhefte sowie Streaming
168 aus dem Unterricht und virtuelle Exkursionen sollen das Schulleben vereinfachen.

169 Wir fordern die Einrichtung „digitaler Klassenzimmer, in denen die Teilnahme am
170 Unterricht via Ton- und Bildübertragung möglich ist.

171 Unterricht muss auch einfach gemacht werden für moderne Bildung, weshalb es
172 einer klaren Digitalstrategie für Schulen bedarf und diese auch deutlich
173 kommuniziert sowie konsequent genutzt wird. Bildungsportale in Sachsen müssen
174 einfach, sicher und userfreundlich eingerichtet werden. Das Ziel muss sein, das
175 Leben der Schüler und Lehrer zu vereinfachen und einen einfacheren
176 Datenaustausch mit möglichst vielen unterstützten Dateiformaten zu ermöglichen.

177 **Lehrpersonal unterstützen**

178 *Schulassistentenkräfte an jede Schule*

179 Wir Freie Demokraten fordern einen Schulassistenten an jeder Schule, weil
180 gegenwärtig nur etwa jede dritte Schule diese wertvolle Unterstützung und
181 Entlastung hat. Für Lehrer und Schulleitungen werden so Ressourcen generiert,
182 die in wertvolle Schul- und Unterrichtsentwicklung investiert werden sollten.

183

184 Wir Freie Demokraten kritisieren, dass die im Haushalt 2023/24 geplanten
185 zusätzlichen Schulassistentenkräfte ausschließlich für Verwaltungsaufgaben
186 eingeplant sind. Wir fordern, dass die Zahl der pädagogischen Schulassistenten
187 und Inklusionsassistenten im gleichen Maße ansteigt.

188 Zudem streben wir einen Übergang der Verantwortung der Einzelfallhelfer unter
189 das Dach des Kultus an, um die Organisation und Absprache aus einer Hand
190 gewährleisten zu können.

191 *Schulmanager einführen*

192 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Trennung der administrativen und
193 pädagogischen Leitung der sächsischen Schulen ein. Wir wollen erreichen, dass
194 sich Schulleiter voll auf die Schulentwicklung, Qualität des Unterrichts sowie
195 pädagogische Maßnahmen konzentrieren können. Der Schulmanager soll
196 perspektivisch den stellvertretenden Direktor ersetzen und ihn somit für
197 zusätzliche Unterrichtsstunden freisetzen.

198 *Schulsozialarbeit ausbauen*

199 Die Schulsozialarbeit ist eine wichtige Komponente des Schullebens und
200 unterstützt das Lehrpersonal im Schulalltag und die Schüler in schwierigen
201 Phasen ihres Lebens. Schulsozialarbeit fördert das Grundvertrauen von Schülern
202 in die Gesellschaft, da Einzelfallhilfe für Familien, Schüler und Klassen im
203 Fokus stehen. Sie ist auch als Prävention gegen den spürbaren Anstieg der
204 Jugendkriminalität zu verstehen. Gerade vor dem Hintergrund der spürbaren

205 negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist ein Ausbau mindestens
206 vorübergehend geboten.

207 Die Förderrichtlinie und die komplizierten Zuständigkeiten müssen aufgelöst
208 werden. Wir schlagen vor, die Verantwortung vollständig an die Kommunen zu
209 geben, selbstverständlich vom Freistaat ausfinanziert.

210 **Mehr Freiheit wagen**

211 *Schulautonomie ausbauen*

212 Sachsens Schulen leiden unter Überregulierung und langwierigen
213 Entscheidungsprozessen. Wir wollen das Subsidiaritätsprinzip stärker als bisher
214 zum Tragen kommen lassen und den Schulleitungen mehr Entscheidungskompetenz
215 übertragen. Dazu fordern wir die Festschreibung einer klaren Kompetenzverteilung
216 zwischen Schule, Träger und Behörden - wobei möglichst viele Kompetenzen auf
217 Ebene der einzelnen Schulen verankert werden sollen. Wir machen uns dafür stark,
218 dass die Schulen mehr Personalhoheit und die Möglichkeit zur finanziellen
219 Selbstverwaltung erhalten. Das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) wollen
220 wir langfristig vom Schulverwalter zum Schulentwicklungsbegleiter machen.

221 *Vorschriftendickicht lichten*

222 Wir Freie Demokraten fordern eine umfassende Vereinfachung des
223 Vorschriftenkataloges im Bereich der allgemeinbildenden Schulen. Es kann nicht
224 sein, dass selbst langjährige Schulleiter nicht mehr wissen, welche Vorschriften
225 konkret in ihrem Wirkungsbereich genau gelten. Die gesetzlichen und
226 verwaltungsrelevanten Regelwerke müssen entschlackt werden.

227 *Ganztagsschule ausbauen*

228 Seit Jahren nimmt die Stundenanzahl kontinuierlich ab, ganz im Gegensatz zu den
229 Ländern weltweit, die die vorderen Plätze in den internationalen
230 Bildungsranglisten einnehmen. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine
231 gebundene Ganztagsschule ein. Das heißt, dass in den Unterrichtsalltag weitere
232 Elemente verpflichtend eingebunden sind, wie beispielsweise freie Lernzeiten,
233 Hausaufgabenbetreuung, GTA oder auch Förderunterricht. In die Sicherstellung
234 dieser Angebote sollen vorrangig örtliche, ehrenamtlich tätige Vereine
235 eingebunden werden.

236 *Verbeamtung bundesweit regeln*

237 Die Einführung der Verbeamtung von Lehrern in Sachsen war unausgegoren, planlos
238 und führte zu einer Zweiklassengesellschaft in den Lehrerkollegien. Wir Freie
239 Demokraten fordern eine bundesweite Lösung für dieses Problem. Damit würde der
240 falsche Ansatz der Verbeamtung als Abwerbemittel im Fachkräftewettstreit
241 entfallen. Deshalb soll sich Sachsen in der Kultusministerkonferenz für eine
242 einheitliche Lösung stark machen.

243 *Interkulturelles Lernen stärken*

244 Der Austausch mit anderen Kulturen, Ländern und Regionen sind eine wichtige

245 Erfahrung für junge Menschen. Daher wollen wir Freie Demokraten interkulturelles
246 Lernen fördern und den Schüleraustausch mit Partnerländern fördern. Dazu wollen
247 wir bestehende Programme besser bewerben und den Zugang für alle Altersstufen
248 erleichtern.

249 **Lehrerausbildung neu denken**

250 *Duale Lehrerausbildung einführen*

251 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine duale Lehrerausbildung ein. Dabei
252 sollen die angehenden Lehrer von Anfang an in der Schule eingesetzt werden und
253 somit sofort einen direkten Praxisbezug erfahren. Das schafft Vertrauen und
254 Rückkopplung zwischen theoretischen Lerninhalten und praktischer Anwendung.
255 Zudem können Lehramtsstudenten sehr früh erkennen, ob der anspruchsvolle Beruf
256 etwas für sie ist und sie diesem gewachsen sind.

257 Ein weiterer Vorteil ist, dass das Feld der Berufseinsteiger damit deutlich
258 verbreitert werden kann, da damit eine Ausbildung zum Lehrer auch für Menschen
259 attraktiv wird, die sich ein normales grundständiges Studium über mehrere Jahre
260 vielleicht nicht leisten können.

261 *Dezentrale Ausbildung stärken*

262 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die grundständige
263 Lehrerausbildung für alle Schularten an den drei sächsischen
264 Universitätsstandorten Leipzig, Dresden und Chemnitz gestärkt wird. Wir wollen
265 regionale Ausbildungskapazitäten durch die Einrichtung von universitären
266 Außenstellen an den Hochschulstandorten in Mittel-, Ost- und Westsachsen
267 schaffen – analog der bereits bestehenden Kooperation zwischen der Universität
268 Leipzig und der HAW Zwickau. Damit sollen insbesondere sächsische
269 Lehramtsstudenten möglichst heimatnah sowie gezielt in den Bedarfsregionen
270 ausgebildet werden.

271 *Lehrerausbildung praxisnah gestalten*

272 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, die akademischen Ausbildungsinhalte
273 im Lehramtsstudium zu straffen und vermehrt anwendungsbezogene Kenntnisse und
274 Fähigkeiten vermittelt werden, die für den späteren Unterrichtsalltag besonders
275 relevant sind. Die Praxisnähe des Lehramtsstudiums wollen wir durch die
276 Einführung eines Praxissemesters sowie verpflichtende Praktika in den
277 Bedarfsschularten stärken.

278 **Für einen Neustart im sächsischen Bildungssystem**

279 Es ist dringend erforderlich, dass das Bildungssystem in Sachsen einen Neustart
280 bekommt. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Schulbildung im
281 Freistaat mehr Autonomie, Selbstbestimmung und Individualität bietet. Das Ziel
282 ist es, junge Menschen darauf vorzubereiten, in einer sich schnell verändernden
283 Welt erfolgreich zu sein und ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

284 Es ist an der Zeit, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Lehrermangel

285 zu bekämpfen, Schulstandorte digital aufzurüsten und die Lehrerausbildung
286 praxisnah zu gestalten. Nur so kann das sächsische Bildungssystem den aktuellen
287 und zukünftigen Herausforderungen gerecht werden und sicherstellen, dass jede
288 Generation die beste Schulbildung erhält, die wir uns leisten können. Wir Freie
289 Demokraten stehen für weltbeste Bildung. Fangen wir jetzt damit an!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 001: Alarmstufe rot! Stigmatisierung und Unverständnis gegenüber Menstruierenden entgegenwirken

Antragsteller*in:	Jungliberale Aktion Sachsen
Sachgebiet:	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass der Zugang zu Menstruationsprodukten nicht nur Frauen, sondern
- 2 menstruierenden Menschen jeden Geschlechts einfacher gemacht werden soll.
- 3 Konkret wollen wir, dass in allen öffentlichen Gebäuden für jeden zugänglich,
- 4 Automaten aufgestellt werden, in denen entsprechende Hygieneprodukte kostenfrei
- 5 zur Verfügung stehen. Selbstredend müssen für ebendiese Produkte gleichfalls
- 6 auch Abfallbehälter aufgestellt werden.

Begründung

Die Menstruation wird auch heute noch weitestgehend als reine "Frauensache" abgestempelt und tabuisiert. Trifft das Thema bereits allgemein auf wenig offenen Umgang in der Gesellschaft, sind es vor allem Menstruierende, die sich nicht als Frauen definieren, die sich alltäglich mit Stigmatisierung und Unverständnis gegenüber ihrer Menstruation konfrontiert sehen.

Antrag S 002: Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird beauftragt, eine Änderung des Kommunalwahlgesetz
- 2 Sachsen, Sächs. GV Bl. S298 FSn-Nr.: 233-1, § 6b-Unterstützungsunterschriften,
- 3 mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zeitnah anzustreben.
- 4 Folgende Änderungen sind anzustreben:
- 5 In (1): Streichung, dass die elektronische Form bei Unterstützungsunterschriften
- 6 ausgeschlossen ist. **Unterstützungsunterschriften sollen ausdrücklich auch in**
- 7 **elektronischer Form möglich sein. Weiterhin sollen Unterstützungs-unterschriften**
- 8 **künftig auch auf definierten Listen, welchen von den Einwohnermeldeämtern**
- 9 **geprüft werden können, möglich sein.**
- 10 In (3): Der Wahlvorschlag einer Partei oder mitgliederschaftlich organisierten
- 11 Wählervereinigung, die aufgrund eigenen Wahlvorschlags
- 12 1. im Sächsischen Landtag vertreten ist oder
- 13 2. **in einem sächsischen Kreistag vertreten ist oder**
- 14 3. seit der letzten Wahl im Gemeinderat der Gemeinde vertreten....

Begründung

Der Ausschluss der elektronischen Form einer Unterstützungsunterschrift ist bürokratisch, entspricht nicht den Bestrebungen zur Digitalisierung und ist demzufolge nicht mehr zeitgemäß.

Alle Bürger müssen auch außerhalb der eingeschränkten Öffnungszeiten in den Rathäusern/ Gemeindeämtern (für Pendler u.a. nicht oder kaum möglich) und den oftmals baulich erschwerten Zugangsbedingungen (Treppen, kein schwellenloser Zugang usw.) die Möglichkeit haben, eine Unterstützungsunterschrift abzugeben.

Es ist nicht plausibel/unlogisch, dass wenn eine Partei/Wählervereinigung schon im Kreistag vertreten ist, sie in den kreisangehörigen Städten/Gemeinden noch Unterstützungsunterschriften einholen muss.

Antrag S 003: Berufliche Bildung stärken und modernisieren

Antragsteller*in:	LFA SN Wirtschaft, Arbeit und Handwerk
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die berufliche Bildung in Form der dualen Ausbildung - gemeinsam durch
- 2 berufspraktisches Training im Ausbildungsbetrieb und umfassende
- 3 berufsspezifische Grundlagenbildung in der Berufsschule - ist Erfolgsmodell und
- 4 internationales Aushängeschild Deutschlands. Aber auch dieses System braucht
- 5 einen Neustart, um Überregulierung und Reformstau zu überwinden.
- 6 Angesichts des grassierenden Fachkräftemangels muss die duale Ausbildung
- 7 dringend gestärkt werden.
- 8 Deshalb fordern die Freien Demokraten:
- 9 • Die Entwicklung von Berufsbildern und Ausbildungsordnungen durch die
- 10 Sozialpartner hat sich bewährt. Allerdings hat in den letzten Jahren eine
- 11 Spezialisierung und Ausdifferenzierung auf über 300 Berufe eingesetzt, die
- 12 nicht nur die Auswahlentscheidung der Bewerber immer komplexer macht und
- 13 den Anspruch auf eine möglichst große Verwendungsbreite konterkariert,
- 14 sondern auch in der Schulnetzplanung zu unlösbaren Problemen und weiten
- 15 Schulwegen führt. Wir fordern eine Entspezialisierung der Erstausbildung.
- 16 Etwa können kaufmännische Berufe mit Unterschieden lediglich in der
- 17 jeweiligen Warenkunden zusammengeführt werden.
- 18 • Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung mit ihren Aufstiegschancen muss
- 19 auch auf bundes- und landesrechtlich geregelte Berufe im Gesundheits- wie
- 20 Sozialwesen ausgeweitet werden. Regelmäßige Diskussionen um die
- 21 Attraktivität von Pflege- und Erziehungsberufen weisen auf Reformdruck hin,
- 22 der durch marktnähere und attraktivere Berufsbilder aufgelöst werden kann.
- 23 • Auf Landesebene müssen die Kompetenzen für Berufsbildentwicklung und
- 24 Berufsschulnetzplanung im Wirtschaftsministerium zusammengeführt werden.
- 25 Die Planung des Berufsschulnetzes darf nicht länger bloßen
- 26 Kapazitätserwägungen folgen, sondern muss an den Bedarfen von
- 27 Auszubildenden und Ausbildungs- betrieben ausgerichtet werden. Gleichzeitig
- 28 muss die Berufsschule in ihrer Rolle gestärkt und neben Kammern und
- 29 Ausbildungsbetrieben gleichberechtigt im Rechtsrahmen der beruflichen
- 30 Bildung verankert werden. Nur indem Berufsschul- belange und -praxis in der
- 31 Weiterentwicklung von Berufsbildern mit gedacht werden, kann ein die duale
- 32 Ausbildung zukunftsfest weiterentwickelt werden.
- 33 Die duale Ausbildung bietet bereits heute lukrative Aufstiegsperspektiven,
- 34 welche dieselbe Wertschätzung verdienen wie hochschulische Berufsbilder. Vom
- 35 Facharbeiter über den Meister oder Techniker bis zum Master Professional
- 36 eröffnet eine Berufsausbildung attraktive Karrierepfade. Dies muss im
- 37 gesellschaftlichen Bewusstsein besser verankert werden. Die Qualität der
- 38 beruflichen Ausbildung verdient ebenso viel Beachtung und öffentliches Interesse

39 wie Lehrermangel und Unterrichtsausfall in allgemeinbildenden Schulen.

Begründung

Das Modell der dualen Ausbildung ist international ein Markenzeichen und Wettbewerbsfaktor des deutschsprachigen Raums. Sie befähigt Auszubildende, in ihrem Berufsbild umfassende Kompetenzen zu erwerben. Damit erhöht sich die Verwendungsbreite und berufliche Flexibilität im Laufe des Erwerbslebens. Gleichzeitig reduziert sich die Abhängigkeit vom konkreten Arbeitgeber, weil das Humankapital - anders als bei bloßem Anlernen im Betrieb - nicht nur spezifisch am konkreten Arbeitsplatz nützlich ist. Auch die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung von Bundesministerin Stark-Watzinger betont zu Recht, dass die in der dualen Ausbildung gewährleistete Kombination aus berufspraktischer Erfahrung und Überblickswissen einer der Schlüssel auch für die Innovationskraft Deutschlands ist, weil gut ausgebildete Facharbeiter auch in der Lage sind, neues Wissen und neue Technologien kompetent in ihre Tätigkeit zu integrieren.

Beginnend mit der Reformpädagogik der 1970er-Jahre hat ein gesellschaftlicher Zug zur hochschulischen Ausbildung eingesetzt, der bis heute anhält. Dies hat zu einer Entwertung dualer Berufsausbildung in der gesellschaftlichen Wahrnehmung geführt.

Gleichzeitig haben auch innerhalb des Systems der Beruflichen Bildung korporatistische Tendenzen zu Verkrustungen und Auswüchsen geführt, die das System lähmen. Symptome sind einerseits regelmäßige Verteilungskonflikte um Berufsschulstandorte hoch spezialisierter Berufe, andererseits punktuelle Investitionen größerer Betriebe in eigene, exklusive Ausbildungskapazitäten, die die angestrebte Verwendungsbreite konterkarieren. Ein Grund dafür sind die staatlicherseits verteilten Zuständigkeiten auf Wirtschafts- und Kultusverwaltung, ein anderer die Nichtberücksichtigung von Berufsschul-Belangen in den Berufsbildungsausschüssen. Hier muss das institutionelle Gefüge nachjustiert werden.

Antrag S 004: Die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verteilungsgerecht machen

Antragsteller*in:	LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt
Sachgebiet:	Das Leben einfacher machen
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Sachsen fordert, dass es einen Paradigmenwechsel bei der Finanzierung
- 2 des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt. Dabei hat dieser Paradigmenwechsel
- 3 folgende Kriterien zu erfüllen:
- 4 1. Die Finanzierung hat eindeutig und transparent geregelt zu sein und den
- 5 öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor politischer Einflussnahme zu schützen
- 6 2. Die Finanzierung darf unter keinen Umständen Bürger irgendwie ins Gefängnis
- 7 bringen
- 8 3. Die Finanzierung muss verteilungsgerecht sein und darf demnach die unteren
- 9 Einkommenschichten keinesfalls überproportional belasten
- 10 4. Die Finanzierung muss so geregelt sein, dass sie dem öffentlich-rechtlichen
- 11 Rundfunk eine Kundenorientierung abringt
- 12 Daher fordert die FDP Sachsen, dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen
- 13 Rundfunks wie folgt geregelt wird:
- 14 1. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich aus Steuermitteln und das Volumen
- 15 berechnet sich nach Bruttoinlandsprodukt x 0,25 %. Das hätte in 2019 zu 8,7
- 16 Milliarden Euro Einnahmen geführt, die 8,1 Milliarden realen Einnahmen ggü.
- 17 stehen. Diese Finanzierungsregel ist maximal einfach.
- 18 2. Änderungen der Berechnungsmethode haben per Volksentscheid im Rahmen
- 19 anderer Wahlen zu erfolgen, um eine Kundenorientierung über die
- 20 Finanzierung zu erreichen und gleichzeitig den öffentlich-rechtlichen
- 21 Rundfunk vor politischer Einflussnahme zu schützen.

Begründung

1. Es beschäftigen sich aktuell rund 1000 Menschen damit Mahn- und Vollstreckungsverfahren gegen Haushalte einzuleiten und durchzuführen. Bei einer Umstellung auf Steuermittelfinanzierung können grob 5 Millionen Euro Personalkosten im Monat eingespart werden.
2. Ein Einpersonen-Haushalt mit 1000 € netto-Einkommen ist mit knapp 2% belastet, während die „reichsten 10%“ der Singlehaushalte bei 3700 € netto nur zu 0,5% belastet werden. Damit ist die Verteilungswirkung des Rundfunkbeitrages aktuell negativ, was die Steuermittelfinanzierung auflösen würde.
3. Die Koppelung der Finanzierung an den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands hat drei wichtige Gedanken: Sie soll einerseits die Qualität der Berichterstattung zur Wirtschaftspolitik und zur aktuellen wirtschaftlichen Lage verbessern, andererseits die Teilhabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an positiven und negativen Entwicklungen sicherstellen und darüber hinaus die Finanzierung weitestgehend entpolitisieren.

4. Zukünftige Änderungen an den Finanzierungsregeln sollen per Volksentscheid stattfinden, weil das folgende Konsequenzen hat:
1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seine Kundenorientierung soweit auf Vordermann bringen, dass die Bürger freiwillig für das Nutzenversprechen mehr Geld zur Verfügung stellen wollen
 2. Das entpolitisiert den öffentlich-rechtlichen Rundfunk endgültig, weil er nicht auf das Wohl des Bundesrates oder anderer politischer Gremien angewiesen ist.

Antrag S 005: Digitalisierung und Künstliche Intelligenz an der Schule 2.0

Antragsteller*in:	LFA SN Digitale Agenda, Internet und Medien
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Gesellschaft entwickelt sich rasant. Was in einigen Bereichen des Lebens
- 2 heute noch gängiges Wissen ist, kann morgen veraltet sein. Künftige
- 3 Anforderungen an die Schüler und an die notwendigen Kompetenzen in einer
- 4 modernen Arbeitswelt ändern sich meist schneller, als sich das aktuelle
- 5 sächsische Bildungssystem anpassen kann.
- 6 Angesichts des vorherrschenden Lehrermangels müssen wir uns aber noch viel mehr
- 7 die Frage nach dem Wie stellen: Lehrkräfte müssen fortlaufend
- 8 Weiterbildungsangebote erhalten, um neben neuem Stoff, veränderten Methoden vor
- 9 allem auch digitale Kompetenzen fachgerecht lehren zu können. Best-Practice-
- 10 Modelle sollen dazu dienen, die Erfolge aus den Weiterentwicklungen aufzuzeigen.
- 11 Daher ist es geboten, vorauszudenken, wie Methodenkompetenz und Digitalisierung
- 12 im Schulalltag sowie künstliche Intelligenz unsere Schulen und die Qualität der
- 13 Bildung positiv verändern sollen. Wir Freien Demokraten fordern deshalb eine
- 14 langfristige Schul-Digitalisierungsstrategie für die nächsten 10 Jahre im
- 15 Freistaat Sachsen. Es wird Zeit die Frage zu beantworten: Wo wollen wir hin mit
- 16 der Digitalisierung an den Schulen?
- 17 Wir fordern eine langfristige Schul-Digitalisierungsstrategie, welche die Ziele
- 18 für die nächsten 10 Jahre konkret benennt und mit einem detaillierten
- 19 Umsetzungsplan in Anknüpfung an den Digitalpakt untersetzt ist. Zu diesen Zielen
- 20 müssen folgende Themen gehören:
- 21 1. Festlegung und Durchsetzung von **Mindeststandards** für die Digitalisierung
- 22 der Schulen an sich als auch für die informatische Bildung. Dies bezieht
- 23 sowohl die gerätetechnische Ausstattung (mobile Endgeräte, Netzwerke,
- 24 Software) als auch Methodik, Prozesse, Betreuungspersonal und Schulungen zu
- 25 deren Einsatz mit ein. Diese Mindeststandards bilden die Grundlage für
- 26 einen kosteneffizienten Umgang mit den Ressourcen sowie eine gemeinsame
- 27 Weiterentwicklung und Weiterbildung der eingesetzten Methoden und Lösungen
- 28 in ganz Sachsen.
- 29
- 30 2. Konsequente Digitalisierung der **Schulverwaltung** mit dem Ziel, die
- 31 Schulverwaltung effizienter zu gestalten sowie dem Fachkräftemangel
- 32 entgegenzuwirken. Die Digitalisierung soll sowohl den Bereich des
- 33 Schulträgers (kommunal) als auch den Bereich des Landesamtes für Schule und
- 34 Bildung (LaSuB) betreffen. Dabei sind digitale Medienbrüche zu vermeiden.
- 35 Der Digitalisierung der Verwaltungen muss als Basis eine umfassende
- 36 Prozessanalyse im Schulwesen zugrunde liegen, um zielgerichtet wirksame
- 37

- 38 Verbesserungen zu erreichen. Eingeführte Verbesserungen müssen einem
dauerhaften Controlling unterzogen werden, um den Erfolg der
Effizienzsteigerung langfristig sicherzustellen.
- 39 3. Wir fordern einen offenen und konstruktiven Umgang mit **Künstlicher**
40 **Intelligenz (KI), Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR) als**
41 **Schulstoff**. Die Methoden, Wirksamkeit und Gefahren der künstlichen
42 Intelligenz müssen rasch in die Lehrpläne integriert und die Lehrkräfte
43 entsprechend weitergebildet werden. Zudem muss der Umgang mit KI praktisch
44 eingeübt werden.
- 45 4. Weiterhin fordern wir die Entwicklung von **Werkzeugen** auf Basis von
46 künstlicher Intelligenz für den Einsatz an Schulen. Mit diesen KI-
47 Werkzeugen sollen zum einen die Schüler den direkten Umgang mit künstlicher
48 Intelligenz erlernen. Zum anderen sollen diese KI-Werkzeuge die Lehrkräfte
49 von Routinearbeiten entlasten und unterstützen. So wird auch hier dem
50 Lehrermangel und dem Aufwand für Verwaltungsaufgaben entgegengewirkt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 006: Energiewende, aber richtig - Speicherausbau beschleunigen

Antragsteller*in:	Eddie Friedrich (KV Bautzen), Carl Gruner (KV Dresden), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Börge Liske (KV Dresden), Ferdinand Rath (KV Dresden)
Sachgebiet:	Nachhaltigkeit durch Innovation
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Energiewende mit dem konsequenten Ausbau der Wind- und Solarenergie leistet
2 einen wichtigen Beitrag, um Deutschlands Unabhängigkeit bei der Stromversorgung
3 zu gewährleisten. Wir müssen jedoch anerkennen, dass die Verfügbarkeit von Wind-
4 und Solarenergie schwankt und nicht dem Verbrauch bzw. der Nachfrage im
5 Tageszyklus entspricht.

6 Mit der Erweiterung dieser Quellen einhergehen muss daher der deutlich
7 konsequentere Ausbau von Speicherkapazitäten auf ein Vielfaches der aktuellen
8 Kapazität (ca. 3-4fach für den Ausgleich der aktuellen Schwankungen, bis zu
9 10fach bei vollständigem Ausbau der erneuerbaren Energieträger), um die
10 Schwankungen der Versorgung im Tageszyklus (bei Solarenergie) und im Verlauf
11 teils mehrerer Wochen (bei Windenergie) nahezu vollständig auszugleichen. Wir
12 erkennen an, dass Deutschland sich diesem Ziel bisher zu langsam annähert.

13 Ziel muss sein, dass die Schwankung des physikalischen Nettostromflusses über
14 deutsche Grenzen hinweg, die derzeit teils um bis zu 10 GW im Tages- oder bis zu
15 15 GW im Wochenverlauf beträgt (relativ zu einer realen Gesamterzeugung, die
16 zwischen ca. 55 und 80 GW schwankt, vgl. SMARD), durch Speicher zu verstetigen.
17 Deutschlands Versorgungssicherheit darf keinesfalls weiter auf Kosten der
18 europäischen Partner erkaufte werden.

19 Weiterhin werden die lokalen Niederspannungsnetze der signifikant
20 erhöhten Last durch die steigende Verbreitung batterieelektrischer Fahrzeuge
21 sowie dem wachsenden Anteil von Wärmepumpen nicht gewachsen sein; dies erkennen
22 wir an. Die lokale Speicherung von Energie in der Breite beim Verbraucher kann
23 insofern eine Lösung darstellen, diese Lasten auszugleichen.

24 Deswegen fordert die FDP Sachsen:

- 25 • den beschleunigten Neubau von Speichern vorhandener Technologien mit
26 sinnvollen Wirkungsgraden - insbesondere Pumpspeicherkraftwerken (bei jenen
27 betragen die Vollkosten der Speicherung einer kWh Strom bei ca. 3-5 ct),
28 sowie Batteriespeicherkraftwerken basierend auf LiFePO4 und, sobald in
29 Masse verfügbar, Na-Ionen-Akkus.
- 30 • einen gesetzlichen Rahmen zur Einbindung kleiner und mittlerer privater und
31 privatwirtschaftlicher ortsfester Speicher in die öffentlichen
32 Niederspannungsnetze, das geeignete marktorientierte Vergütungsmodelle für
33 netzverfügbare Speicherung pro kWh und Tag umfasst (Speichervergütung).
- 34 • die Förderung des Aufbaus lokaler Akku-Produktionskapazitäten in

- 35 europäischem Eigentum (in Sachsen mindestens eine weitere Gigafactory)
36 sowie erhöhte Fördermittel für die Forschung an Akkutechnologien. Europa
37 darf den Anschluss an China in diesem Segment nicht verlieren; Akkus sind
38 Teil der kritischen Infrastruktur.
- 39 • den konsequenten Abbau rechtlicher Hürden (durch z.B. das EEG) bei anderen
40 marktreifen Speichertechnologien, wie z.B. die Einbindung als "Vehicle 2
41 Grid" von bidirektional ladefähigen E-Autos. Insbesondere diese Technologie
42 betrachten wir als möglichen Grundpfeiler eines schnell verfügbaren
43 Speicherausbaus - allein die aktuellen Zulassungszahlen von E-Autos
44 versprechen einen Zubau von mehr als 15 GWh Speicher pro Jahr.
45 Damit dies gelingt, muss auch hier eine als deutlicher marktüblicher Anreiz
46 wirkende Vergütung derjenigen Personen, die ihre Fahrzeuge als Speicher zur
47 Verfügung stellen, ermöglicht und sichergestellt werden.
 - 48 • eine technologieoffene Behandlung anderer Speichermethoden, wie
49 Elektrolyse, wenn sich diese wirtschaftlich konkurrenzfähig erweisen.
- 50 Die von der Bundesnetzagentur vertretene Strategie, Spitzenlasten mit ggf. auch
51 neuen Gaskraftwerken - die ausschließlich Gas verstromen - abzufangen,
52 betrachten wir im Rahmen der aktuellen geostrategischen Situation, des weiteren
53 Verbrauchs fossiler Energieträger und des Ausstoßes von Treibhausgas als nicht
54 zielführend und lehnen sie entschieden ab.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 007: Frei und Demokratisch in eine erfolgreiche Landtagswahl 2024

Antragsteller*in:	Martin Ermler (KV Nordachsen), Maximilian König (KV Leipzig), Sascha Matzke (KV Leipzig), Judith Münch (KV Leipzig), Marcus Nießmann (KV Leipzig), Arvid Stelzner (KV Leipzig)
Sachgebiet:	Partei
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der FDP Sachsen beschließt nach Landessatzung §27a (1) einen
- 2 Mitgliederentscheid für eine Vorabstimmung über die Spitzenkandidatur zur
- 3 Landtagswahl 2024. Dieser soll so organisiert werden, dass seine Ergebnisse bis
- 4 zum nächsten ordentlichen Landesparteitag vorliegen.

Begründung

Die FDP Sachsen blickt mit Spannung auf 2024 - es wird nicht nur ein Superwahljahr, für uns wird es ein Schicksalswahljahr. Nachdem wir zweimal den Einzug in den Landtag verpasst haben, müssen wir uns und den Bürgern beweisen, dass wir als politische Kraft in Sachsen weiterhin relevant sind. Für den Einzug in den Landtag wird es ca. 110000 Listenstimmen brauchen. Bei großzügig geschätzten 2300 Mitgliedern im Landesverband, erreichen wir dieses Ziel, wenn jedes unserer Mitglieder 47 weitere Wähler überzeugt. Dies wird nur möglich sein, wenn alle Parteifreunde hinter Programm und Team für 2024 stehen. Im Unterschied zu den Volksparteien leben wir als Liberale allesamt in Umfeldern, in denen die meisten keine FDP-Mitglieder und einige wahrscheinlich nicht einmal offen für unsere Partei sind. Das ist einerseits anstrengend - andererseits gibt es uns die alltägliche Chance, von mehr oder weniger außenstehenden Familienmitgliedern, Freunden oder Kollegen Rückmeldungen über die Außenwahrnehmung der FDP Sachsen zu erhalten. Im Gespräch mit eben diesen nahe-, aber nicht innenstehenden Personen, diesen dringend notwendigen Wählern, die nicht empfänglich für innerparteiliche Machtlogiken sind, gibt es eine eindeutige Haltung: Eine **freie demokratische** Partei, die ihren Spitzenkandidaten für eine so entscheidende Landtagswahl überraschend im Vorstand beschließt anstatt eine

offene Abstimmung in ihrer Mitgliedschaft darüber durchzuführen, wie sie es bereits 2019 tat, hat ihren eigenen Namen nicht verstanden. Damit ist das Hauptargument für den Mitgliederentscheid ganz klar seine Öffentlichkeitswirkung. Mit einem Mitgliederentscheid können wir als Partei beweisen, dass wir Demokratie noch ernst meinen. Dass die FDP Sachsen ihren Parteimitgliedern kluge Entscheidungen zutraut, so wie sie das als liberale Partei auch mit den Bürgern tut. Mit einem Mitgliederentscheid kann jedes Mitglied eine lebendige Debatte über mögliche Kandidaten für 2024 am Küchen-, Stamm- oder Werkstisch mit den zukünftigen Wählern führen und so viel mehr Personen als Vorstände und am Ende des Prozesses Delegierte einbeziehen. Mit einem Mitgliederentscheid kann die FDP Sachsen sich und dem Land beweisen, dass für uns Teilhabe vor Macht steht. Natürlich ist ein Mitgliederentscheid nun, nachdem bereits ein Vorschlag des Landesvorstandes steht, nicht völlig ohne Nachteile. Wenn der Landesparteitag sich heute, gegen den mehr oder weniger expliziten Willen des Landesvorstandes, für den Mitgliederentscheid ausspricht, ist die Funktionalität der FDP Sachsen als Machtmaschine ernsthaft in Frage gestellt. Wir erinnern uns - zur Nachwahl des Landesvorstandes mussten wir den Parteitag unterbrechen, um genug Interessenten für Ämter zu finden. Die Legislatur des Vorstandes ist aus

mehreren Gründen alles andere als leicht. Der Parteifunktionär, der in vielen von uns steckt, will den Vorstand schützen, stützen und parteiliche Geschlossenheit zeigen. Dies spüren auch die Antragsteller. Doch eine FDP Sachsen, die vor allem aus Sicht des Parteifunktionärs als gut geölte Machtmaschine agiert, braucht niemand, hat in der Vergangenheit auch niemand gebraucht und wird keine politische Zukunft haben. Parteien, die mit Führung glänzen, gibt es reichlich. Wie Erich Fried schon treffend formulierte: "Freiheit herrscht nicht". Da der Antrag eine Mitgliederabstimmung bis zur nächsten Wahl des Landesvorstandes vorsieht, kann ihr Ergebnis auch zur Formung eines schlagkräftigen Vorstandes für das Wahljahr 2024 beitragen. Ja, dieser Antrag wird mit seiner Annahme auch zu innerparteilicher Unruhe führen - diese wird jedoch pünktlich vor 2024 enden, und uns dann ein Jahr erlauben, in dem wir keine Personaldebatten mehr führen und uns ganz auf den Wahlkampf konzentrieren können. In seiner Verbindlichkeit für die tatsächliche Wahl der Landesliste steht ein Mitgliederentscheid satzungsgemäß dabei in keinsten Weise einem Landesparteitagsbeschluss für einen Spitzenkandidaten, wie er auf dem Landesparteitag ebenfalls geplant ist, nach. Er ist, allein aus gesetzlichen Gründen, nicht rechtlich, aber sehr wohl politisch bindend. Einziger Unterschied wäre in diesem Sinne die Verzögerung dieser Entscheidung um ein weiteres halbes Jahr - was uns dann in eine Zeit der steigenden Medienaufmerksamkeit relativ genau ein Jahr vor der Landtagswahl versetzt. An dieser Stelle ist den Antragstellern wichtig, noch eines klarzustellen: Dieser Antrag ist nicht als Angriff oder Kritik am designierten Spitzenkandidaten Robert Malorny zu sehen. Er richtet sich gegen einen Prozess, der die Demokratie als zweitrangig betrachtet, nicht gegen eine Person. Die Antragsteller hätten diesen Antrag bei jedem in dieser Form erfolgten Vorschlag des Landesvorstandes gestellt. Wir freuen uns auf eine lebendige und offene Debatte!

Antrag S 008: Freiheit durch Aufklärung, Toleranz durch Bildung

Antragsteller*in:	Jule Marie Domhardt (KV Leipzig), Thomas Gebhardt (KV Dresden), Maximilian Hempel (KV Dresden), Sebastian Mitte (Er/Ihm · KV Dresden), Katrin Münch (KV Mittelsachsen), Theresa Uhlig (KV Dresden)
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Sachsen fordert, dass Schulen sachliche und wissenschaftsbasierte
- 2 Aufklärung zu den Themen geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung
- 3 durchführen und dadurch zu deren Entstigmatisierung beitragen. Dafür fordern
- 4 wir:
- 5 1. Das Behandeln von Themen wie sexueller Vielfalt und geschlechtlicher
- 6 Identität auch über den Sexualkundeunterricht hinaus im sozialen,
- 7 politischen und ökonomischen Kontext.
- 8 2. Die Schaffung von mobilen Beratungsangeboten für queere Schülerinnen und
- 9 Schüler im Falle von Diskriminierung und Anfeindung. Diese sollen
- 10 vollständig vom Land Sachsen finanziert werden und den ländlichen Raum im
- 11 Besonderen berücksichtigen.
- 12 3. Das Errichten einer Meldestelle am Kultusministerium, bei der Vorfälle von
- 13 queerfeindlicher Diskriminierung und Mobbing von Schulleitungen gemeldet
- 14 und dann vom Ministerium nach quantitativen und qualitativen Merkmalen
- 15 dokumentiert werden sollen.
- 16 4. Das Bereitstellen von Handlungsrichtlinien für die Schulleitungen durch das
- 17 Kultusministerium, welche es ermöglichen, den baulichen, unterrichtlichen
- 18 und dokumentarischen Bedürfnissen von trans, intergeschlechtlichen und
- 19 nicht-binären Schülerinnen und Schülern im Schulalltag gerecht zu werden.
- 20 5. Das Schulen von Lehrenden für Themen wie sexuelle Vielfalt und
- 21 geschlechtliche Identität, wie auch im Umgang mit queeren Jugendlichen im
- 22 Rahmen des Studiums, des Referendariats oder in zu errichtenden
- 23 Weiterbildungsangeboten für bestehendes Lehrpersonal.
- 24 6. Das Bilden von Sozialpersonal im Umgang mit queeren Schülerinnen und
- 25 Schülern.
- 26 7. Das Erweitern bestehender öffentlicher Inklusionsprogramme im
- 27 Bildungsbereich um queere Themen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 009: Home is where my house is - Deutschland fit für Tiny Houses und Co machen

Antragsteller*in:	Jungliberale Aktion Sachsen
Sachgebiet:	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass für Tiny Houses und ähnliche Ansätze mobilen Wohnens, die
- 2 keine Bodenversiegelung benötigen, künftig keine Baugenehmigung erfolgen muss.
- 3 Es soll auf eigenem Grund, der nicht aktiv landwirtschaftlich genutzt wird und
- 4 nicht unter besonderem Umwelt/Natur-schutz steht, mit möglichst geringen Hürden
- 5 mobile, wenig invasive Wohnungen abgestellt werden dürfen.

Begründung

Für viele Menschen besteht die persönliche Wunschvorstellung für das Wohnen nicht mehr im Massivhaus oder in einer Etagenwohnung, sondern im Van oder Tiny House. Die Stromschnellen der deutschen Verwaltung machen dem jedoch einen Strich durch die Rechnung. Im ersten Schritt sollen daher die Hürden im Baurecht für immobile Wohnungen reduziert werden. Für ein Tinyhouse ergibt es keinen Sinn, teuren Baugrund zu beanspruchen, gerade weil in dem Lebensstil auch Ortswechsel vorgesehen sind. Immobiles Wohnen birgt auch Potentiale zur Senkung von Wohnraummangel.

Antrag S 010: Kohleausstieg 2038 und Technologieoffenheit

Antragsteller*in:	KV Görlitz (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Nachhaltigkeit durch Innovation
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Landesverband Sachsen der Freien Demokraten lehnt einen Kohleausstieg 2030
2 ab. Wir sehen den bisher gesetzlich fixierten Terminplan als zu ambitioniert an.
3 Auf Grund der Entwicklungen der letzten Monate sehen wir es als wichtig an,
4 zuerst die Netzstabilität, die Energiesicherheit und auch die Energiepreise zu
5 sichern. Dauerhaft hohe Energiepreise gefährden den Wirtschaftsstandort
6 Deutschland und letztendlich auch den Ausbau erneuerbarer Energien, da die
7 Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt.

8 Für uns sind die folgenden Punkte umzusetzen, bevor der Kohleausstieg umgesetzt
9 werden kann:

- 10 • Ein Ausbau erneuerbarer Energien, welcher den heutigen Anteil der
11 Kohleverstromung und die zusätzlichen Bedarfe durch E-Mobilität oder
12 Wärmepumpen deckt,
- 13 • die Schaffung von energie- und kosteneffizienten Speicherstrukturen, welche
14 die zeitliche und örtliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage von
15 Erneuerbaren Energien beendet,
- 16 • der Bau der Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. der Ausbau der Bahnstrecke
17 Berlin – Görlitz,
- 18 • das Gelingen des Strukturwandels sowie die Vollendung der geförderten
19 Projekte, vor allem in den betroffenen Revieren.

20

21 Die Energiewirtschaft braucht, auf Grund langer Planungs- und
22 Investitionszeiträume, in aller erster Linie Planungssicherheit. Der mühsam
23 errungene Kompromiss für den Ausstieg 2038 darf daher nicht wenige Jahre später
24 wieder geändert werden. Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen für den notwendigen
25 Strukturwandel stehen wir in einem internationalen Wettbewerb, insbesondere mit
26 Polen, um Investoren. In diesem Wettbewerb können wir nur als verlässlicher
27 Partner für Investoren bestehen.

28 Zudem lehnen wir Freien Demokraten die immer wieder versuchten Verbote
29 bestimmter Technologien mit Sorge ab. Vielmehr setzen wir uns für
30 Technologieoffenheit ein. Der Staat sollte die Rahmenbedingungen setzen, indem
31 er z.B. den Gebäudesektor in den Emissionshandel aufnimmt oder erneuerbare
32 Energien fördert. Er sollte aber nicht einzelne Energieerzeugungsformen
33 verbieten. Den Einklang zwischen Technologieoffenheit und Umweltverträglichkeit
34 wollen wir durch die Definition von Grenz- und Zielwerten erreichen, in deren
35 Rahmen Wissenschaft und Wirtschaft ohne politische Bevorzugung Lösungen
36 entwickeln können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 011: Kopfnoten - nur pädagogischer

Antragsteller*in:	Eddie Friedrich (KV Bautzen), Carl Gruner (KV Dresden), Nora Hohlfeld (KV Dresden), Börge Liske (KV Dresden), Ferdinand Rath (KV Dresden)
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Kopfnoten haben den Auftrag, die Persönlichkeit des Schülers zu bewerten. Leider
- 2 erfolgt diese Bewertung oft subjektiv - Lehrerinnen und Lehrer haben nur einen
- 3 beschränkten Einblick in das Verhalten der Schüler. Introvertierte Schülerinnen
- 4 und Schüler geraten deutlich weniger ins Blickfeld als engagierte; Schwächen und
- 5 Stärken werden nicht auf einer objektiven Basis abgebildet. Ggf. spielen
- 6 persönliche Befindlichkeiten eine Rolle. Die Aussagekraft und Wohldefiniertheit
- 7 der Bewertungskategorien der aktuellen Kopfnoten ist in Zweifel zu ziehen. Der
- 8 Nutzen der Kopfnoten für künftige Arbeitgeber ist daher fraglich; diese sollten
- 9 sich ein eigenes Bild machen können.
- 10 Die FDP Sachsen fordert daher, dass Kopfnoten in Sachsen künftig durch eine
- 11 detaillierte schriftliche Evaluierung der Performance des Schülers ersetzt
- 12 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 012: Lehrermangel bekämpfen durch Pilotstudiengang „duales Lehramtsstudium an Oberschule“

Antragsteller*in:	KV Chemnitz(Stadt) (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Beruf des Lehrers ist für die Zukunft unserer Kinder von enormer Bedeutung.
- 2 Lehrer prägen nachhaltig Bildungsbiografien und entwickeln Interessen und
- 3 Neigungen weiter, können Motivationen wecken und Zukunftsperspektiven schenken.
- 4 Lehrer sind damit weit mehr als Wissensvermittler, sie sind Lern- und
- 5 Entwicklungsbegleiter.
- 6 Die Rolle des Lehrers in der Schule ist somit auch die eines Unterstützers, der
- 7 Lernsettings vorbereitet und Schüler bei ihren individuellen Lernfortschritten
- 8 begleitet. Der Beruf des Lehrers ist somit ein anderer als noch vor 20 oder 30
- 9 Jahren. Viel stärker als früher werden heute die individuelle Begleitung im
- 10 Rahmen des kooperativen Lernens in offenen Unterrichtsettings betont. Diese
- 11 veränderte Rolle des Lehrers muss erlernt werden und erfordert grundlegend
- 12 andere Kompetenzen als die des rein instruktiv agierenden Lehrers.
- 13 Daher setzen wir uns als Freie Demokraten dafür ein, neue Wege in der
- 14 Lehrerausbildung zu erforschen und zu beschreiten. Wir wollen dafür an der TU
- 15 Chemnitz, in Kooperation mit den Universitäten Leipzig und Dresden, ein
- 16 Pilotstudiengang „Duales Lehramt“ etablieren.
- 17 Wir fordern daher einen Pilotstudiengang „Duales Lehramt“, der folgende
- 18 Eckpunkte bedient:
- 19 • Der Pilotstudiengang wird wissenschaftlich begleitet um das Niveau der
- 20 Lehramtsausbildung zu garantieren.
- 21 • Im Rahmen des Pilotstudiengangs werden ausschließlich Oberschullehrer
- 22 ausgebildet, weil hier einerseits der größte Mangel an Lehrern herrscht und
- 23 weil die Oberschullehrer deutlich pädagogischer arbeiten müssen als Lehrer
- 24 am Gymnasium. Zudem sind die fachlichen Anforderungen an einen
- 25 Oberschullehrer etwas niedriger anzusetzen. Nicht zuletzt bildet die
- 26 Oberschule das Herz unseres Bildungssystem, sodass ein erfolgreicher
- 27 Pilotstudiengang eventuell beispielhaft auf die anderen allgemeinbildenen
- 28 Schulen adaptiert werden kann.
- 29 • Der Pilotstudiengang richtet sich explizit an Menschen, die bisher keinen
- 30 Zugang zu einem klassischen Lehramtsstudium hätten. Dies ist notwendig um
- 31 einerseits in der Erprobungsphase keine Konkurrenz zum herkömmlichen
- 32 Lehramtsstudium zuzulassen und andererseits, weil wir so den
- 33 Interessentenkreis für diesen wichtigen Beruf erweitern können. Denn wir
- 34 sind überzeugt davon, dass gute Lehrer in erster Linie pädagogische
- 35 Fähigkeiten aufweisen, nicht einzig und allein an ihren Abschlüssen
- 36 gemessen werden sollten.

- 37 • Die Studenten sollen über die gesamte Ausbildung hinweg eine Vergütung
38 erhalten, die in etwa der eines Lehramtsanwärters entspricht.
- 39 • Praktische Zeiten an der Schule und Theoriephasen an der Universität werden
40 eng miteinander verzahnt und sind integraler Bestandteil des
41 Pilotstudiengangs.
- 42 • Im Rahmen des Pilotstudiengangs wird ein, dem Lehramt äquivalenter,
43 Abschluss erlangt, der die Studenten zu vollwertigen Lehrern ernennt.

Begründung

Die aktuell vorhandenen Studienplätze für angehende Lehrer in Sachsen (2500) an allen drei Universtätsstandorten können nicht ausreichend besetzt werden. Jährlich bleiben Plätze unbesetzt, zudem ist die Abbrecherquote in den Lehramtsstudiengängen hoch.

Der Universitätsstandort Chemnitz hat durch die fehlende Lehramtsausbildung im Bereich Oberschule und Gymnasium erhebliche Nachteile im Rahmen der Gewinnung von Lehrkräften. Doch aufgrund des Überangebots an Studienplätzen, kann die Lehramtsausbildung an der TU Chemnitz folgerichtig nicht ausgebaut werden.

Neben einem Mangel an Interessenten für die vorhandenen Studienplätze, werden viele Plätze nicht besetzt, weil Abiturienten ein Lehramtsstudium als eine große Hürde empfinden und Fachhochschulern, Fachabiturienten und Gesellen der Zugang zum Lehramtsstudium verwehrt ist. Es gibt demnach Interessenten für den Beruf, die aktuell keine Möglichkeit haben ein Lehramtsstudium zu absolvieren. Nicht zuletzt das lange und immer noch eher praxisferne Studium schreckt Interessenten ab.

Der Beruf des Lehrers ist weit mehr als der eines Wissensvermittlers. Gerade an Oberschulen steht die Beziehungsarbeit an oberster Stelle. Der moderne Lehrer ist Lernbegleiter und Unterstützer, bereitet Lernsettings vor und nach und verhilft dem Schüler zu individuellen Ergebnissen nach dessen jeweiligen Fähigkeiten.

Vermeintlich sei deshalb ein duales Lehramtsstudium wesentlich besser geeignet um angehende Lehrer auf ihren Beruf vorzubereiten und erscheint geeigneter dem akuten Lehrermangel zu begegnen. Diesem lauter werdendem Ruf der Studenten heißt es nachzugehen. Daher setzen wir uns für einen Pilotstudiengang „duales Lehramtsstudium an Oberschule“ unter der Federführung der TU Chemnitz ein, in Kooperation mit den Universitäten Dresden und Leipzig ein.

Der Pilotstudiengang hat das Ziel herauszufinden, ob ein duales Lehramtsstudium eine adäquate Alternative zu einem herkömmlichen Lehramtsstudium sein kann. Denn ein deutlich praktischer angelegtes Lehramtsstudium scheint geeignet um den Praxisschock nach dem universitären Studium zu eliminieren, die hohe Abbrecherquote beim traditionellen Universitätsstudium zu reduzieren und das Bewerberfeld für den Beruf zu öffnen.

Damit hier zunächst keine Konkurrenz entsteht zum universitären Vollstudium soll der Pilotstudiengang explizit für Absolventen mit Fachhochschulreife, Fachabitur oder Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung einen Zugang ermöglichen. Zudem sollte der Pilotstudiengang ausschließlich Lehrer für die Oberschule ausbilden, da besonders an dieser Schulform Lehrer fehlen und die TU Chemnitz sowie das nahegelegende Umland beste Voraussetzungen bieten um die praktische Ausbildung der angehenden Oberschullehrer zu ermöglichen.

Der Pilotstudiengang richtet sich absichtlich an eine Zielgruppe, die bisher keine Möglichkeit hat Lehrer zu werden und damit dem System fehlen würde. Wir sind überzeugt, dass die individuellen Biografien der Studenten innerhalb des Pilotstudiengangs für die Oberschule sowie im Umgang mit den Schülern

vorteilhaft sein werden.

Der Pilotstudiengang muss wissenschaftlich begleitet werden, um Erkenntnisse für eine zukünftige Lehramtsausbildung zu ermöglichen. Ziel ist es dabei herauszufinden, ob das duale Lehramtsstudium eine niveauvolle Alternative zum universitären Vollstudium sein kann und, ob der Anreiz Lehrer zu werden durch ein duales Lehramtsstudium erhöht werden kann. Da diese Fragen von essentieller Bedeutung für die Zukunft der Lehramtsausbildung sind, sollten sowohl das BMBF als auch der Freistaat erheblich an der Finanzierung des Pilotstudienganges beteiligt werden.

Während des dualen Lehramtsstudiums sollten die Studenten ihre theoretische Ausbildung an der TU Chemnitz erhalten und die praktische Ausbildung an den beteiligten Oberschulen der Region.

An den Schulen würden die Studenten in der 1. Phase der Ausbildung keinen eigenen eigenverantwortlichen Unterricht übernehmen und keine eigenständige Benotung vornehmen. Sie sind demnach noch nicht gleichwertige Lehrer. Vielmehr geht es darum, dass die Lehramtsstudenten Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuungen, Neigungskurse, Betreuung von Lernzeiten übernehmen oder Ganztagsangebote unterbreiten. Einen Teil ihrer schulischen Arbeitszeit werden die Studenten in Form von Hospitation und ersten Erfahrungen mit Teamteaching und begleiteten Unterricht absolvieren. Ziel sollte es sein, dass sich die Studenten in dieser Zeit vertraut machen mit dem System Schule sowie den Umgang mit Schülerinnen und Schülern routinemäßig erfahren.

Nach dieser 3-jährigen Ausbildungsphase, die mit einem Bachelor of Arts Schulbegleiter abschließen könnte, sollte sich eine 2-jährige Phase anschließen, die mit einem Master of Arts Oberschule endet.

In der 2. Ausbildungsphase sollte der Student, parallel zum Referendar zunehmend eigenverantwortlichen Unterricht übernehmen, während die übrigen Aufgaben weitergeführt werden. Absolventen sind nach diesem 5-jährigen dualen Studium vollwertige Oberschullehrer und benötigen kein anschließendes Referendariat mehr.

Der Pilotstudiengang ist geeignet die Lehrerausbildung zu revolutionieren und ermöglicht einen viel höheren Praxisbezug als in herkömmlichen Studiengängen. Wir erhoffen uns auf diese Weise einen wichtigen Baustein zur Bekämpfung des Lehrermangels etablieren zu können und den Beruf des Lehrers praxisbezogener erlernen zu lassen.

Antrag S 013: Mitgliederbefragung zur Landtagswahl

Antragsteller*in:	Corinna Blinne (KV Mittelsachsen), Constanze Cyrnik (KV Mittelsachsen), Peter Draßdo (KV Mittelsachsen), Jörg Neumann (KV Mittelsachsen), Bernd Wetzig (KV Mittelsachsen)
Sachgebiet:	Partei
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird beauftragt, gemäß § 27a Abs.1 S.2 in Verbindung mit S.4
- 2 a) der Satzung des Landesverbandes einen Mitgliederentscheid für die
- 3 Vorabstimmung über die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2024 durchzuführen.
- 4 Der Mitgliederentscheid findet postalisch statt, um allen Mitgliedern,
- 5 unabhängig von ihrer technischen Ausstattung und digitaler Affinität, die
- 6 Teilnahme am Mitgliederentscheid zu ermöglichen.

Begründung

Über einen Mitgliederentscheid sollen die Mitglieder in die Entscheidung über den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl einbezogen werden. Die FDP Sachsen muss zur Landtagswahl in 60 Wahlkreisen Kandidaten für die Direktwahl aufstellen. Viele von diesen Kandidaten werden nur geringe Chancen haben, selbst in den Landtag als Abgeordneter einzuziehen. Der Wahlkampf muss zudem von vielen ehrenamtlichen Helfern getragen werden. Daher sollte die Entscheidung über den Spitzenkandidaten von der breiten Mitgliedschaft getragen sein. Hierzu bietet sich der Mitgliederentscheid an. Die Satzung sieht in § 27a Abs. 1 S. 2 eine Vorabstimmung über den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl mittels eines Mitgliederentscheids ausdrücklich vor. Diese Bestimmung wurde nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Sächsischen Landtag im Jahr 2014 ausdrücklich in die Landessatzung aufgenommen, um die innerparteiliche Demokratie zu stärken. Die Erwägungen, die zur Aufnahme dieser Bestimmung in die Satzung geführt haben, gelten nach wie vor.

Der Mitgliederentscheid findet nach § 27a Abs. 1 S. 2 entweder durch Beschluss des Landesparteitages (§ 27a Abs. 1 S. 2 in Verbindung mit S. 4 a) oder auf Beschluss der Kreisparteitage von fünf Kreisverbänden innerhalb eines Zeitraums von einem halben Jahr (§ 27a Abs. 1 S. 2 in Verbindung mit S. 4 b) statt.

Antrag S 014: Mitgliederbefragung zur Spitzenkandidatur

Antragsteller*in:	Reiner Deutschmann (KV Bautzen), Mike Hauschild (KV Bautzen), Martin Nedo (KV Bautzen), Sirko Rosenberg (KV Bautzen), Kristin Schiewart (KV Bautzen), Marcel Schulze (KV Bautzen)
Sachgebiet:	Partei
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag beschließt gemäß §27a Abs. 1 S.2 in Verbindung mit S.4 c)
- 2 der Satzung einen Mitgliederentscheid für die Vorabstimmung über die
- 3 Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2024. Der Mitgliederentscheid findet
- 4 postalisch statt, um allen Mitgliedern unabhängig von ihrer technischen
- 5 Ausstattung und Möglichkeiten, die Teilnahme am Mitgliederentscheid zu
- 6 ermöglichen.

Begründung

Um die anstehende Landtagswahl 2024 für die sächsische FDP erfolgreich zu bestehen, ist es unwidersprochen notwendig, dass sie einen Spitzenkandidaten findet, der oder die von einer sehr großen Mitgliederzahl des Landesverbandes unterstützt wird. Dies kann durch Vorschlag des Landesvorstandes und anschließender Bestätigung durch die Mitglieder der Partei erfolgen oder ganz nach dem Sinn des Parteinamens in Freier und Demokratischer Auswahl aus einem Wettbewerb um die richtigen

Sachthemen und dazu passenden Personen. Wir, die Antragsteller, sehen den Mitgliederentscheid als den besten Weg die Parteimitglieder zusammen zu führen und sich als großes Team im Wahlkampf in allen 60 Wahlkreisen zu präsentieren. Die Satzung sieht in § 27a Abs. I S. 2 eine Vorabstimmung über den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl mittels eines Mitgliederentscheids ausdrücklich vor. Diese Bestimmung wurde nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Sächsischen Landtag im Jahr 2014 in die Landessatzung aufgenommen,

um die innerparteiliche Demokratie zu stärken. Die Erwägungen, die zur Aufnahme dieser Bestimmung in die Satzung geführt haben, gelten nach wie vor.

Der Mitgliederentscheid findet nach § 27a Abs. I S. a) der Satzung auf Beschluss des Landesparteitages statt. Anträge zum Landesparteitag können gem. § 9 Abs. I der Geschäftsordnung vom fünf Delegierten gestellt werden. Dies gilt auch für die Durchführung eines Mitgliederentscheids.

Antrag S 015: Tag des Bevölkerungsschutzes für Sachsen

Antragsteller*in:	KV Chemnitz(Stadt) (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Freistaat Sachsen auf ein Bevölkerungsschutzkonzept zu
- 2 erarbeiten und in der Gesellschaft zu verankern. Dies soll durch einen
- 3 jährlichen „Tag des Bevölkerungsschutzes“ unterstützt werden, an welchem über
- 4 alle Aufgaben und Maßnahmen des Freistaates, der Landkreise und
- 5 Kommunen im Katastrophen- sowie Zivilschutz informiert und aufgeklärt wird.

Begründung

Gerade die Waldbrände in der Sächsischen Schweiz haben gezeigt, dass Zivil- und Bevölkerungsschutz eine essentielle Rolle im Freistaat spielt. In der Bevölkerung muss das Bewusstsein wachsen, welche wichtige Rolle dieses Thema einnimmt. Ein „Tag des Bevölkerungsschutzes“ kann dieses Bewusstsein wecken und den Organisationen und Institutionen die Möglichkeit geben, für sich und das Ehrenamt zu werben. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg gibt es derlei Aktionstage bereits.

Antrag S 016: Trained on the Job in der Berufsausbildung einführen

Antragsteller*in:	LFA SN Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Sachsen fordert die Berufsausbildung für Langzeitarbeitslose und
2 Arbeitsmigranten in Deutschland, um das betriebliche Ausbildungssystem zu
3 erweitern. Das betriebliche Ausbildungssystem ist im Kern eine Ausbildung, die
4 ausschließlich im Betrieb stattfindet. Dabei sollen ausländische Fachkräfte und
5 Langzeitarbeitslose unter Sicherstellung unserer hohen Qualitätsansprüche
6 vereinfacht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Es geht ausdrücklich
7 um einen Weg zu einem anerkannten Berufsabschluss, der eine ungeforderte
8 Vollzeitätigkeit im Unternehmen zulässt und eben nicht eine Erstausbildung
9 darstellen soll.

10 Der Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt soll für ausländische Fachkräfte wie
11 folgt erleichtert werden:

12 Die Anerkennung nach BQFG wird über eine pauschale Anerkennung als
13 „vorqualifizierter Hilfsarbeiter“ (DQR Niveau 2) vereinfacht und kann so
14 zukünftig in einem automatisierten Verfahren abgewickelt werden.

15 Um einerseits eine Ausbeutung der Arbeitsmigranten als „Billigarbeiter“ zu
16 unterbinden und andererseits den ausländischen Fachkräften nicht den Eindruck zu
17 vermitteln, dass ihre Berufsqualifizierung abgewertet wird, ist ein gesetzlicher
18 Anspruch der Fachkräfte auf eine zeitnahe, anerkannte Berufsqualifizierung
19 vorzusehen.

20 Das betriebliche Ausbildungssystem soll die Aktivierung von Langzeitarbeitslosen
21 ohne medizinische Indikation vereinfachen und kosteneffizienter machen. In
22 Verbindung mit einer stufenweisen Erhöhung der Arbeitszeit fangen Arbeitslose
23 als Hilfsarbeiter an und werden im betrieblichen Ausbildungssystem zur Fachkraft
24 weiterqualifiziert. Dieser Rahmen macht kostspielige und oftmals erfolglose
25 Wiedereingliederungsmaßnahmen obsolet.

26 Zur Sicherung der Qualität dieser Ausbildung ist das bestehende System nach dem
27 Berufsbildungsgesetz wie folgt einzubinden:

28 Es sind die Standards an theoretischem und fachpraktischem Wissen vom
29 Unternehmen einzuhalten, sicherzustellen und über die Leistungen der betroffenen
30 Angestellten zu kontrollieren

31 Die zugelassenen Bildungsträger nehmen zur Sicherung der Objektivität und
32 Unabhängigkeit die Prüfungen in Analogie zur dualen Erstausbildung ab.

33 Perspektivisch will die FDP Sachsen die Berufsabschlüsse in Deutschland ins
34 ECTSsystem integrieren und im Wert von 90 ECTS-Punkten anerkennen, um einerseits
35 das politische Ziel des lebenslangen Lernens für alle gleichberechtigt und
36 effizient umzusetzen und andererseits den nicht-akademischen Berufsabschlüssen

- 37 eine umfassende und attraktive Aufstiegsperspektive zu geben. Dabei bleibt die
38 Anerkennung von Qualifizierungsmodulen nach dem Hochschulfreiheitsgesetz
39 unberührt.

40

Begründung

Die drei grundlegend unterscheidbaren Berufsausbildungsregime sind das duale System, das Schulsystem und das betriebliche System.

Das duale System zeichnet sich durch die enge Zusammenarbeit von Unternehmen und Berufsschulen aus. Die Ausbildung findet in einem Betrieb statt, wo die praktischen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, und in der Berufsschule, wo theoretisches Wissen und fachspezifische Fähigkeiten erworben werden. (DACH-Raum, Dänemark, Norwegen)

Das Schulsystem ist ein Berufsausbildungsregime, bei dem die Ausbildung ausschließlich in der Schule stattfindet. Die Schüler besuchen in der Regel eine Fachschule oder eine Berufsfachschule. Hier wird sowohl das theoretische Wissen als auch praktisches Know-how vermittelt. (Japan, China, Taiwan)

Das betriebliche System ist ein Berufsausbildungsregime, bei dem die Ausbildung ausschließlich im Betrieb stattfindet. Hier lernen die Auszubildenden die berufsspezifischen Fertigkeiten und Kenntnisse direkt im Arbeitsumfeld. (Australien, Kanada, USA, UK)

In einigen Ländern wie beispielsweise Indien gibt es auch Versuche, verschiedene Ausbildungssysteme zu kombinieren, um die Stärken der jeweiligen Systeme zu nutzen und den Bedürfnissen der Arbeitswelt gerecht zu werden.

Im betrieblichen Ausbildungsregime der angloamerikanischen Länder werden Auszubildende ausschließlich im Betrieb ausgebildet, es gibt keine Berufsschule. Die Ausbildung ist weniger standardisiert als in Deutschland und die Dauer der Ausbildung kann stark variieren. Es gibt keine einheitlichen Ausbildungsberufe mit festgelegten Lehrplänen, sondern die Unternehmen im angloamerikanischen Raum entwickeln ihre eigenen Ausbildungsprogramme, die auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dadurch kommt es auch zu Unterschieden in der Qualität der Ausbildung zwischen verschiedenen Unternehmen

Den daraus folgenden Herausforderungen in der Qualitätssicherung, Vergleichbarkeit, Objektivität und Transparenz der betrieblichen Berufsausbildung, kann man mit dem bestehenden System begegnen (nach dem Berufsbildungsgesetz). Die existierenden Bildungsträger haben bereits Erfahrung mit der Prüfung und Zertifizierung von Ausbildungsabschlüssen im dualen System und können ihr Know-how auch auf die Zertifizierung im betrieblichen Ausbildungsregime übertragen und sicherstellen, dass es den geltenden Standards und Anforderungen für anerkannte Berufsabschlüsse entspricht.

Damit stünde der Bekämpfung des Fachkräftemangels ein weiterer Weg zur Integration von ausländischen Fachkräften und Langzeitarbeitslosen zur Verfügung, denn die Berufsanerkennung von Arbeitsmigranten aus dem nicht-EU-Ausland in Deutschland ist komplex und hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie beispielsweise dem Herkunftsland, dem angestrebten Beruf und der Art der Qualifikation.

Arbeitsmigranten aus dem nicht-EU-Ausland müssen in der Regel zunächst eine Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikation in Deutschland beantragen, um in ihrem erlernten Beruf arbeiten zu können. Ein betriebliches Modell hat mehrere Vorteile. Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Ländern können so sofort in den Arbeitsmarkt einsteigen, da sie nicht gezwungen wären, lange und möglicherweise kostspielige Verfahren zur Anerkennung ihrer ausländischen Qualifikationen durchlaufen zu müssen. Stattdessen können sie als "vorqualifizierte Hilfsarbeiter" (DQR Niveau 2) in der entsprechenden Branche

arbeiten und gleichzeitig in einem betrieblichen Ausbildungsregime weiterqualifizieren, um den deutschen Qualitätsstandard zu erreichen. Daneben kann ein solches Modell dazu beitragen, den Fachkräftemangel dadurch zu lindern, dass Arbeitsmigranten nicht mehr auf bürokratische Hürden treffen und der Standort Deutschland an Attraktivität gewinnt.

Auch die Integration von Langzeitarbeitslosen wird mit einem betrieblichen Ausbildungssystem vereinfacht indem es auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt fokussiert und die Hürden für die Wiedereingliederung berücksichtigt. Es gibt verschiedene Gründe, warum der Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose besonders schwer ist. Ein wichtiger Faktor ist die Entfremdung vom Arbeitsmarkt und die damit einhergehende Verunsicherung und Unsicherheit bezüglich der eigenen Fähigkeiten und der Erwartungen der Arbeitgeber. Oftmals haben Langzeitarbeitslose auch eine unzureichende oder veraltete Ausbildung, was ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt weiter einschränkt. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die psychologische Belastung, die mit dem langen Zeitraum der Arbeitslosigkeit einhergeht. Viele Langzeitarbeitslose leiden unter einem niedrigen Selbstwertgefühl, Depressionen oder anderen psychischen Problemen, die den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erschweren können. Der Wechsel im Tagesablauf spielt ebenfalls eine Rolle, insbesondere wenn Langzeitarbeitslose über längere Zeit keine geregelten Arbeitszeiten hatten. Der plötzliche Wechsel von einem unstrukturierten Tagesablauf zu einer geregelten Arbeitszeit kann herausfordernd sein und erfordert oft eine Eingewöhnungszeit.

Eine stufenweise Erhöhung der Arbeitszeit ist für Langzeitarbeitslose eine sinnvolle Maßnahme, um den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Ähnlich wie bei der Wiedereingliederung von BG-Fällen kann durch eine schrittweise Erhöhung der Arbeitszeit der Körper und die Psyche langsam an die Anforderungen des Arbeitsalltags gewöhnt werden. In Verbindung mit dem betrieblichen Ausbildungsregime wird eine kontinuierliche Entwicklung des Menschen gewährleistet ohne diesen zu überfordern. Daneben zeigt sich über den Fokus auf die Arbeitstätigkeit welche individuellen Talente wirklich vorliegen und qualifiziert werden sollten, um das privatwirtschaftlich geforderte Leistungsniveau zu erreichen. Damit hört das kostspielige Scheitern der bisherigen Wiedereingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose auf.

Antrag S 017: Transparenzkriterien bei der Anwendung digitaler Filter

Antragsteller*in:	KV Zwickau (LV Sachsen)
Sachgebiet:	Das Leben einfacher machen
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Sachsen fordert, dass die Betreiber von Internetplattformen, -portalen
- 2 und -netzwerken im Sinne des NetzDG alle ergriffenen Maßnahmen wie bspw.
- 3 Algorithmen, Systeme und Entscheidungsprozesse offenzulegen haben, die:
- 4 • Die Reichweite von Nutzern und deren Beiträge einschränken (Shadow Ban),
- 5 • Die Beiträge von Nutzern löschen und
- 6 • Die Veröffentlichung von Beiträgen verhindern.
- 7 Darüber hinaus fordern wir, dass die Nutzer über jede Einschränkung ihrer
- 8 Beiträge informiert werden. Dabei haben die betroffenen Nutzer umgehend
- 9 Informationen über:
- 10 • Art der Einschränkung,
- 11 • Grund der Einschränkung sowie
- 12 • Bewertungskriterien
- 13 zu erhalten.
- 14 Zweck dieser Transparenzregeln ist es:
- 15 • Zu verhindern, dass gewerbliche Anbieter das Rechtsstaatsprinzip
- 16 unterwandern.
- 17 • Sicherzustellen, dass die Meinungsfreiheit nicht mit einem ausufernden und
- 18 fiktionalisiertem Hausrecht ausgehöhlt wird.
- 19 • Sicherzustellen, dass jeder Nutzer seine unveräußerlichen Rechte wahren und
- 20 nötigenfalls gerichtlich durchsetzen kann.
- 21 • Sicherzustellen, dass die Umsetzung des NetzDG zu keiner willkürlicher
- 22 Zensur und/oder Meinungsmache führt.
- 23 • Sicherzustellen, dass die Umsetzung des NetzDG die Willensbildung der
- 24 Bürger keinesfalls vorsätzlich und/oder fahrlässig verzerrt, indem es zu
- 25 asymmetrischen Informationshäufigkeiten kommt.
- 26 Dabei ist klar, dass gewillkürte Gemeinschaftsstandards im Zweifel unwirksam
- 27 ggü. der Meinungsfreiheit sind und eine sichtbare Kennzeichnung fragwürdiger
- 28 Äußerungen als milderes Mittel den Löschungen oder Sichtbarkeitseinschränkungen
- 29 vorzuziehen ist.

Begründung

Die Transparenz und Informationsfreiheit in Bezug auf die Filter und Algorithmen, die die Sichtbarkeit von Beiträgen der Nutzer einschränken, sind von großer Bedeutung. Eine offene und pluralistische Online-

Debatte ist nur gewährleistet, wenn Nutzer über die verwendeten Maßnahmen und Funktionsweise der Filter sowie Algorithmen informiert sind und verstehen, welche Kriterien bei der Entscheidung über die Sichtbarkeit von Beiträgen Anwendung finden. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Nutzer über jede Einschränkung ihrer Beiträge informiert sind, um sicherzustellen, dass sie weiterhin aktiv an der Online-Debatte teilnehmen können.

Internetplattformen haben verschiedene technische Möglichkeiten, gegen Beiträge von Nutzern vorzugehen. Einige davon sind:

1. Filter- und Überwachungssysteme: Internetplattformen können Filter- und Überwachungssysteme einsetzen, um unerwünschte oder rechtswidrige Inhalte zu erkennen und zu entfernen. Diese Systeme können beispielsweise auf bestimmte Schlagworte, Bilder oder Verhaltensweisen achten und Inhalte, die diese Kriterien erfüllen, automatisch entfernen.
2. Nutzermoderation: Plattformen können Nutzer damit beauftragen, unerwünschte Inhalte zu melden und zu moderieren. Auf diese Weise können die Plattformen von der Weisheit der Massen profitieren und Inhalte schneller entfernen oder einschränken, ohne dabei aufwendige Filter- und Überwachungssysteme zu benötigen.
3. Geoblocking: Plattformen können Geoblocking einsetzen, um bestimmte Inhalte nur in bestimmten Ländern oder Regionen zuzulassen. Auf diese Weise können sie sich beispielsweise an lokale Gesetze und Vorschriften halten oder sicherstellen, dass bestimmte Inhalte nur für bestimmte Zielgruppen verfügbar sind.
4. Eingeschränkter Zugriff: Plattformen können bestimmte Nutzergruppen oder Benutzerkonten einschränken oder sperren, um unerwünschte Inhalte oder Verhaltensweisen zu unterbinden.
5. Der Shadow Ban (auch "Soft Ban" oder "Ghost Ban" genannt) ist eine Methode, mit der Internetplattformen die Sichtbarkeit von Beiträgen oder Benutzerkonten einschränken können, ohne dass die betroffenen Nutzer darüber informiert werden. Dabei werden die Beiträge oder das Profil eines Nutzers so modifiziert, dass sie für andere Nutzer unsichtbar werden, während der betroffene Nutzer weiterhin glaubt, dass seine Beiträge sichtbar sind.

Es gibt keine explizite rechtliche Legitimierung für den Einsatz von Shadow Bans. Plattformen können jedoch auf Basis ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) bestimmte Verhaltensweisen von Nutzern untersagen und bei Verstößen gegen diese Regeln Einschränkungen der Sichtbarkeit oder sogar Sperrungen von Nutzerkonten vornehmen. In diesem Zusammenhang müssen die Plattformen jedoch sicherstellen, dass sie die Persönlichkeitsrechte und das Recht auf Meinungsfreiheit der Nutzer respektieren und nicht willkürlich oder diskriminierend vorgehen.

Es ist schwierig abzusehen, inwieweit eine Aushöhlung der Netzfreiheit durch "institutionelle Interessensträger" in Zukunft wahrscheinlich ist. Die Politisierung und Kommerzialisierung von sozialen Medien und die zunehmende Rolle von Algorithmen und künstlicher Intelligenz in der Moderation von Inhalten haben jedoch das Potenzial, die Netzfreiheit zu gefährden und politische Interventionen und Einflussnahme zu erleichtern. Es ist daher wichtig, dass Plattformen und Regulierungsbehörden transparente Regeln und Verfahren für die Moderation von Inhalten einführen und die Meinungsfreiheit und die Netzfreiheit schützen.[\[1\]](#)

Da schon jetzt der Großteil dieser Entscheidungen automatisiert getroffen wird, scheidet der „Umsetzungsaufwand“ als Gegenargumentation aus. Auch bei Meinungsäußerungen ist der Maßstab die Justiziabilität und nicht die Schärfe der Rhetorik. Ein Abbedingen der Meinungsfreiheit über ein Hausrecht scheidet als Gegenargument ebenfalls aus, wenn das Netzwerk oder die Plattform weder auf eine kleine und abgrenzbare Gruppe Menschen beschränkt ist, noch eine bestimmte thematische Abgrenzung hat. Hier im Speziellen als Beispiele: Facebook, dessen Gemeinschaftsstandards regelmäßig rechtsunwirksam

sind, um die Meinungsfreiheit einzuschränken und auf der anderen Seite ein Firmennetzwerk für nur Firmenangehörige, die darüber nur Firmenangelegenheiten klären sollen. Unschöne Posts und Beiträge können, insofern nicht justiziabel, mittels Ampelsystem oder Triggerwarnung automatisiert gekennzeichnet werden. Facebook macht dies bereits automatisiert sehr erfolgreich bei Videos, die beispielsweise Arbeitsunfälle oder andere emotional aufwühlende Szenen enthalten. Es ist also technologisch kein Problem, sondern „State of the Art“. Demnach ist weder das Rechtsstaatsprinzip noch die Meinungsfreiheit intransparenten Prozessen von gewerblichen Anbietern preiszugeben.

Die FDP hat sich als klassische Bürgerrechtspartei in der Vergangenheit für eine starke Regulierung von sozialen Medien ausgesprochen, insbesondere in Bezug auf den Schutz der Privatsphäre und die Transparenz bei der Verwendung von persönlichen Daten. Es ist also eine logische Fortführung liberaler Netzpolitik, dass die FDP die Notwendigkeit betont, klare und transparente Regeln und Verfahren für die Moderation von Inhalten auf sozialen Medien zu schaffen, um die Netz- und Meinungsfreiheit zu schützen sowie politische Einflussnahme zu verhindern.

[1]<https://www.spektrum.de/kolumne/smart-zensur-facebooks-fragwuerdiger-umgang-mit-kritik-an-zuckerberg/1706894>

Antrag S 018: Unsere Antwort auf das soziale Pflichtjahr!

Antragsteller*in:	Jungliberale Aktion Sachsen
Sachgebiet:	Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmt vor Ort
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Nach der Schulzeit haben Schülerinnen und Schüler vielfältige Möglichkeiten,
- 2 wozu zum Beispiel das Studium, die Lehre oder einer der vielen
- 3 Freiwilligendienste gehören. Zu diesen Freiwilligendiensten zählen zum Beispiel
- 4 das freiwillige soziale Jahr und der Bundesfreiwilligendienst.
- 5 Jeder der an diesen Freiwilligendiensten beteiligt ist, leistet großes für
- 6 unsere Gesellschaft. Die Teilnehmenden werden in der Regel mit einem Taschengeld
- 7 bezahlt, wobei eine gesetzliche Obergrenze für die Bezahlung gilt. Im Prinzip
- 8 müssen sich also die Teilnehmenden zu dieser Zeit den Großteil aus eigener
- 9 Tasche bezahlen. Jedoch bzw. gerade deshalb entscheiden sich die meisten nicht
- 10 dazu einen Freiwilligendienst zu machen.
- 11 Dieser Zustand ist unhaltbar. Unsere Position dazu ist, dass man keinen Menschen
- 12 dazu zwingen kann ein Jahr für die Gesellschaft etwas zu machen, stattdessen
- 13 sollte man Anreize setzen, damit sich mehr Schülerinnen und Schüler nach der
- 14 Schule so entscheiden.
- 15 Daher fordern wir:
 - 16 1. ein bundesweites Maßnahmenprogramm, um das freiwillige soziale Jahr, das
 - 17 freiwillige ökologische Jahr und den Bundesfreiwilligendienst attraktiver
 - 18 für junge Menschen zu gestalten. Alle Menschen, die einen oben genannten
 - 19 Freiwilligendienst leisten, sollen
 - 20 2. eine kostenlose Nutzung des bundesweiten Nahverkehrs erhalten.
 - 21 2. ein Gutschein für ein Interrail-Ticket mit einer Gültigkeitsdauer für zwei
 - 22 Monate im Anschluss an die freiwillige Tätigkeit erhalten.
 - 23 3. einen ortsabhängigen monatlichen Zuschuss für eine geeignete Wohnunterkunft
 - 24 von mindestens 200 Euro erhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 019: Wirtschaftliche Bildung und Berufsorientierung in Schulen in allen Fächern verankern

Antragsteller*in:	LFA SN Wirtschaft, Arbeit und Handwerk
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Teilnahme aller am
2 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ist eine Grundvoraussetzung für
3 die liberale Gesellschaft. Dafür braucht es neben breiten fachspezifischen
4 Kenntnissen auch fächerübergreifende Grundkenntnisse in ökonomischer Bildung.
5 Ein Grundverständnis für wirtschaftliche und unternehmerische Zusammenhänge,
6 interdisziplinäre Lösungen sowie von Leistung muss jungen Menschen stärker
7 vermittelt werden.

8 Dem gegenüber steht der aktuell akute Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen
9 der Wirtschaft, welcher nicht nur durch den demografischen Wandel verursacht
10 ist, sondern durch fehlende Berufsorientierung und Abwertung bestimmter
11 Berufsbilder verstärkt wird.

12 Daher muss zwingend mehr Wissen und Verständnis wirtschaftlicher Prozesse
13 vermittelt und der Praxisbezug gestärkt werden. Wichtiger als zusätzliches
14 Faktenwissen in einem weiteren Schulfach ist die Vermittlung wirtschaftlicher
15 Inhalte und Anwendungsfälle interdisziplinär in jeweiligen fachlichen
16 Zusammenhängen. So trainieren Schülerinnen und Schüler zugleich
17 fächerübergreifende Lösungsfindung. Wir schlagen daher folgende Ergänzungen in
18 den jeweiligen Lehrplänen vor:

- 19 • Im Mathematikunterricht sollen ab der Mittelstufe zum Beispiel einfache
20 Preiskalkulationen, simple Einnahme-Überschuss-Rechnungen oder die
21 Berechnung der abzuführenden Einkommenssteuern durchgeführt werden.
- 22 • Im Geschichtsunterricht muss Wirtschaftsgeschichte einen wichtigen Part
23 übernehmen, idealerweise mit regionalem Bezug.
- 24 • In Deutsch und Ethik können durch die Auseinandersetzung mit Biografien
25 wichtiger Unternehmer sprachlicher Ausdruck, Diskursfähigkeit und
26 philosophische Wertediskussionen erschlossen werden.
- 27 • Bei der Betrachtung großer Künstler im Kunst- und Musikunterricht muss
28 unbedingt auch deren Rolle als Unternehmer auf dem Kunstmarkt betrachtet
29 werden.
30 Darüber hinaus können hier Marketing und Unternehmenskommunikation in der
31 heutigen Zeit betrachtet werden, von der künstlerischen Gestaltung der
32 Werbematerialien bis hin zur Vermarktung und Präsentation z.B. eines
33 Produktes.
- 34 • Für die beispielhafte und praxisnahe Verdeutlichung einzelner Inhalte
35 müssen Unternehmen und Unternehmer der Region eingeladen oder besucht
36 werden.

37 Diese genannten Themen müssen in den Lehrplänen in den Abschnitten integriert
38 werden, in denen Lern- und Kompetenzziele formuliert sind. Dabei sind
39 handwerkliche, gewerbliche und akademische Berufsbilder gleichwertig zu
40 betrachten und zu vermitteln. Dadurch kann das Werturteil der Akademisierung
41 zurückgedrängt und die Akzeptanz und das Interesse an nicht-akademischen Berufen
42 gesteigert werden. Der Anpassung des Lehrplans folgend sind die Lehrerinnen und
43 Lehrer dementsprechend weiterzubilden, um eine zeitnahe und fachgerechte
44 Umsetzung der Lern- und Kompetenzziele sicherzustellen.

45 Übergeordnetes Ziel muss mehr Wissen und Verständnis wirtschaftlicher Prozesse
46 sein sowie die Stärkung der Allgemeinbildung. Dies führt ebenso zu einer
47 Erleichterung der Berufswahl und einer guten Vorbereitung darauf, das eigene
48 Leben finanziell eigenbestimmt führen zu können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S 020: Ziel- und Leistungsvereinbarungen für Schulleitungen Schul- und Unterrichtsentwicklung an sächsischen Schulen verbindlich machen

Antragsteller*in:	LFA SN Bildung
Sachgebiet:	Beste Bildung ist Grundvoraussetzung
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Qualität unserer Schulen ist in Gefahr. Sie ist deshalb in Gefahr, weil es
- 2 aktuell kein Qualitätscontrolling seitens des SMKs oder des LASUBs an
- 3 sächsischen Schulen gibt. Damit sind die Schulen im Freistaat auf Gedeih und
- 4 Verderb den Schulleitungen ausgeliefert. Zwar stehen wir Freie Demokraten für
- 5 ein Maximum an Schulautonomie und trauen unseren Schulleitungen im Land jede
- 6 Menge Expertise zu, doch muss die Qualitätsentwicklung von Schulen top-down
- 7 begleitet werden, um Mindeststandards zu setzen und eine möglichst gleiche
- 8 Qualität aller Schulen im Freistaat zu gewährleisten. Denn Kinder und Eltern
- 9 haben ein Recht auf gute Schulen überall in Sachsen.
- 10 Daher fordern wir, dass Schulleitungen im Freistaat Sachsen verbindliche und
- 11 wiederkehrende Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLVs) zur Schul- und
- 12 Unterrichtsentwicklung mit der Fachaufsicht des LaSuB abschließen.
- 13 Wir wollen, dass Schulleitungen beraten und zu passenden Schulentwicklungszielen
- 14 für ihre Schule in einem bottom-up-Prozess ermuntert und angeleitet werden. Dies
- 15 erhöht die Leistungserwartung auf beiden Seiten – Schulleitung und Schulreferent
- 16 – und stellt Transparenz über Ziele her. Gleichzeitig bietet es Anlässe zur
- 17 Würdigung, wenn diese Ziele erreicht werden.
- 18 Insbesondere sollen die Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLVs) auf der Basis
- 19 der „*Kriterienbeschreibung für schulische Qualität im Freistaat Sachsen*“
- 20 formuliert werden.
- 21 Dazu soll erfolgen:
- 22 • Konsensual werden zwei bis drei Grobziele festgelegt
- 23 • und durch Feinziele/Indikatoren (inklusive der Festlegung von
- 24 organisatorischen und zeitlichen Meilensteinen),
- 25 • benötigte Ressourcen und Unterstützungen definiert werden.
- 26 • Die ZLVs sollen in Schulentwicklungsgesprächen zwischen Schulleitung und
- 27 Schulaufsicht vereinbart und festgehalten werden und – wenn notwendig –
- 28 auch gemäß SächsSG in Gesamtlehrer- und Schulkonferenzbeschlüsse münden.
- 29 • In Folgegesprächen wird regelmäßig eruiert und nach Ablauf des
- 30 Entwicklungszeitraums neu vereinbart.
- 31 • Über diese Ziele sollte Transparenz nach innen und außen (z. B.
- 32 Schulporträt oder Homepage, an den Schulträger) hergestellt werden. Wenn
- 33 Schulleitungen wechseln, kann dann viel nachhaltiger an bestehende
- 34 Entwicklungsprozesse angeknüpft werden.

Begründung

Nach § 42 SächsSG sind Schulleitungen u. a. dazu verpflichtet, der Qualitätssicherung und -entwicklung nachzukommen. Hierzu zählt im engeren Sinne z. B. auch die kontinuierliche Schul- und Unterrichtsentwicklung im Sinne bester Bildung für Schülerinnen und Schüler.

Die FDP Sachsen geht davon aus, dass viele Schulleitungen diese Verpflichtungen sehr ernst nehmen. Es gibt jedoch bisher kein verbindliches und ritualisiertes Instrument der Steuerung dieser Prozesse, um abzusichern, dass Schulleitungen dieser Verpflichtung nachkommen. Im Sinne des **Aufstiegsversprechens** für sächsische Schülerinnen und Schüler können wir es uns im Freistaat nicht leisten, dass es dem Zufall überlassen bleibt, ob Schulleitungen ihre Schule hinsichtlich der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler angemessen in die Gegenwart und Zukunft führen. Derzeitig drehen sich die Diskurse besonders um Ressourcierung (u. a. und insbesondere Lehrermangel); die stete, verlässliche und nachhaltige Schul- und Unterrichtsentwicklung ist jedoch aus unserer Sicht ebenso wichtig.

Antrag S 021: Zwangsgebäudesanierung stoppen

Antragsteller*in:	LFA SN Nachhaltigkeit durch Innovation
Sachgebiet:	Nachhaltigkeit durch Innovation
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Abgeordneten im Europäischen Parlament auf die EU-Richtlinie zur energetischen
- 2 Gebäudesanierung zu stoppen. Wir wollen keine Verbotsregulierung, sondern setzen
- 3 auf die Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs.
- 4 Die notwendige Reduktion von CO₂-Emissionen im Gebäudesektor sollte vielmehr
- 5 technologieoffen über die Einbeziehung in den Europäischen CO₂-
- 6 Zertifikatehandels sichergestellt werden. Um die Energetische Sanierung in
- 7 Deutschland zu beschleunigen, fordern wir die Bundesregierung auf folgende
- 8 Punkte zügig umzusetzen:
- 9 1. Eine Vereinfachung und Bündelung von Programmen zur Förderung von
- 10 Energetischen Sanierung unter Nutzung der Möglichkeiten der
- 11 Digitalisierung.
- 12 2. Die Bereitstellung von ausreichenden Fördermitteln aus dem Klimaschutzfond.
- 13 Sowie Ausreichung von zinsgünstigen Krediten über die KfW-Bank zum Zweck
- 14 der Energetischen Sanierung.
- 15 3. Eine Reform des Denkmalschutzes in Deutschland. Im Sinne des Klimaschutzes
- 16 müssen pragmatische Kompromisse möglich sein.
- 17 4. Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Baugenehmigungen.

Begründung

Laut einem EU-Richtlinienentwurf soll schon bald eine Sanierungspflicht kommen. Demnach sollen bis 2033 alle Wohngebäude in Deutschland den Energiestandard D erreichen. Das soll den Energieverbrauch reduzieren und zum Klimaschutz beitragen. Eine Nichteinhaltung kann dann über Bußgelder, Nutzungsverbote oder Strafsteuern durchgesetzt werden. Das führt zu einer Quasienteignung von Eigentümern, vor allem jenen, die wegen Denkmalschutz ihre Gebäude gar nicht sanieren können.